

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 805.

Dienstag, 17. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Die Amtssprache in Elßaß-Lothringen und Posen.

Durch ein Gesetz vom 14. Juli 1871 ist als Geschäftssprache der Gerichte und gerichtlichen Beamten in Elßaß-Lothringen die deutsche Sprache eingeführt, doch hat das Gesetz unter gewissen Voraussetzungen den Notaren und Anwälten für die ersten drei Jahre gestattet, sich im amtlichen Verkehr der französischen Sprache zu bedienen, eine Ausnahme, welche durch ein späteres Gesetz auch auf die mündlichen Verhandlungen vor den Bezirksrathen und dem kaiserlichen Rathe ausgedehnt wurde. Mit dem 1. Oktober d. J. endete diese Uebergangsperiode und es trat die Verpflichtung zum amtlichen Gebrauch der deutschen Sprache ein. Hinsichtlich der Notare und Anwälte stand dem kein Bedenken entgegen. Dagegen befinden sich unter den in dieser Kategorie gehörigen Advokaten mehrere, welche nur französisch zu plädieren im Stande sind und welche daher, wenn jene Vergünstigung auch für sie fortfallen sollte, genöthigt sein würden, ihre amtliche Thätigkeit einzustellen. Dies würde nicht nur eine Härte gegen die betreffenden Personen sondern auch gegen die Bevölkerung sein, welche Grund hat, über den Mangel an Advokaten zu klagen.

Es erschien daher, um eine Störung der Rechtspflege zu verhüten, eine neue gesetzliche Regelung notwendig, und da der Reichstag nicht beschaffen war, hat der Kaiser von seinem Rechte, welches ihm nach dem Gesetz über die Einführung der Verfassung des deutschen Reichs in Elßaß-Lothringen zusteht, Gebrauch machend mit Zustimmung des Bundesrathes eine Verordnung erlassen, wodurch die Justizverwaltung ermächtigt wurde, zu Gunsten der betreffenden Advokaten die Frist für den Gebrauch der französischen Sprache zu verlängern und einige ähnliche Ausnahmen für gewisse Friedensgerichtsbezirke zu gestatten.

Diese Verordnung liegt gegenwärtig dem Reichstage vor, welcher am Sonnabend die dritte Beratung der Vorlage zu Ende führte. Die Versammlung hat die kaiserliche Verordnung, welche den nationalen Verhältnissen der Reichsländer Rechnung tragend, im vorrühmlichen Geiste Uebergangsbestimmungen schafft, mit allgemeiner Anerkennung entgegengenommen und damit gezeigt, daß auch die deutsche Nationalvertretung die nationale Unduldsamkeit nicht kennt. Interessant war bei den Debatten über jene Verordnung besonders das Auftreten des Vertreters der Reichsländer und das Verhalten der Polen. Die Regierungen hatten, wie aus den Äußerungen ihrer Presse hervorgeht, offenbar gehofft, die Abgeordneten des Reichslandes würden diese Gelegenheit benutzen, um Klagen über die „Vergewaltigung“ der französischen Landessprache zu erheben, denen sich die polnischen Vertreter in bekannter Manier anschließen könnten; und auch die Deutschen müßten dies erwartet haben, denn als der Vertreter von Gersheim die „Tribüne“ bestieg, wurde der Ruf laut: „Frisch auf zum frühlichen Jagen.“ Nach seinem vorläufigen Auftreten in der Protestdebatte konnte man sich auch in der That von dem Kanonikus Gerber (der aus Rücksicht für seine französischen Landsleute Gerber schreibt) heftiger Angriffe auf die Landesregierung versehen; doch ganz wider Erwarten sprach sich der Abg., welcher zur Centrumsfraktion gehört, über die Vorlage mit großer Anerkennung aus, und knüpfte den Wunsch daran, die Regierung möchte in Zukunft bei allen Verwaltungsmaßnahmen die Rücksicht, welche sich in der Verordnung ausdrückt, bewahren. Der wegenwandelte Elßässer bekämpfte nur die Bestimmung, daß dem Reichskanzler die Befugnis übertragen würde, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann die Ausnahme aufhören sollte, und verlangte, daß dies durch ein Gesetz geschehe.

Diese verhältnißmäßige Haltung des elßässischen Abgeordneten, welcher offenbar die Meinung seiner Landsleute wiedergab, hat den polnischen Herren nicht gefallen, und der Abgeordnete v. Domirski fühlte sich veranlaßt, dieser Stimmung in der Sonnabendigen Aussprache zu lauten, indem er seinem Kollegen aus dem Elßaß Optimismus vorwarf und ihn einlud, sich die Mißstände des deutschen Gerichtsverfahrens in Posen anzusehen. Woher der 28jährige Dirigent der Kreditbank Domirski, Kallstein, Syslowski u. Comp. (Kommanditgesellschaft auf Aktien) in Thorn die Gerichtsverhandlungen in Posen kennt, ist uns nicht recht klar, denn während seiner dreijährigen Beschäftigung als Referendar (1869 bis 1872) hat er nur in Marienwerder und Danzig funktioniert. Dem Abgeordneten v. Buttler (Soran), welcher mehrere Jahre beim hiesigen Appellationsgericht wirkte, wurde es nicht schwer, die Schilderung seines Vorgesetzten als tendenziöses Schattenbild darzustellen. Derselbe zeigte, daß die Regierung die Anwendung der polnischen Sprache im gerichtlichen Verkehr nicht nur nicht behindert, sondern sogar hinter den heutigen Bedürfnissen, welche eine Beschränkung der zweisprachigen Verhandlung verlangen, zurückgeblieben sei, indem sie noch immer die Verordnung aus dem Jahre 1817 aufrecht erhält, wodurch das Verfahren weisheitsweis (und — fügen wir hinzu: zum Schaden der Parteien kostspieliger) wird.

Schon vor mehreren Jahren, als noch Graf Königsmarck Oberpräsident der Provinz Posen war, wurde ein Gesetz entworfen, wodurch die deutsche Sprache überall als Amtssprache eingeführt und nur bei vorläufiger Unkenntnis des Deutschen die Anwendung der polnischen Sprache gestattet sein sollte. Dieser Gesetzentwurf ist zwar dem preussischen Landtage zugegangen, aber bis jetzt warten wir noch vergeblich auf die gesetzliche Abänderung eines lästigen Zustandes, welcher nur geändert ist, die polnischen Präsumtionen zu steigern.

Der Minister Delbrück hat vollständig Recht, daß die Deutschen keine Nation sind, welche dem Gebrauch einer fremden Sprache grundsätzlich widerstreben. Mögen die Polen ihre Sprache pflegen in der Familie, in ihren Versammlungen, in der Presse, in ihren Theatern, kurz in ihrem gesamten Privat- und öffentlichen Verkehr. Ja, wir

gehen noch weiter. Wenn sie uns zeigen, daß die Anwendung der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr Schädigungen von Privatpersonen zur Folge hat, so sind wir gern bereit, ihren Beschwerden abzuheben; aber sie verlangen aus politischer Tendenz die Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen, und dies kann sich kein mächtiger Staat, dessen Grundlage eine nationale ist, gefallen lassen, denn das Aufgeben der Einheitlichkeit schädigt die Gesamtheit, ohne der Minorität, zu deren Gunsten die Ausnahme gestattet wird, Nutzen zu schaffen. Bis jetzt hat Preußen in Posen diese Forderung trotzdem nahezu, jedenfalls über das Bedürfnis hinaus respektiert und steht damit hinter anderen Staaten weit zurück. Wir wollen nicht von Rußland sprechen, denn dieser Staat, für welchen der posener „Diennit“ gegenwärtig eine so zarte Zuneigung bekundet, will überhaupt die Sprachen der anderen Nationalitäten ausrotten, sondern erinnern nur an das Verhalten Englands gegen die Irländer und Frankreichs gegen die Nizianer. Auch die Deutschen in Elßaß-Lothringen haben erfahren, wie das von den Polen gefeierte Frankreich die nationalen Minoritäten behandelt. Vielleicht hat diese Erfahrung mitgewirkt, die Elßaß-Lothringer in ihren Forderungen bescheidener zu machen. Sie haben damit gezeigt, daß sie nicht zu den Leuten gehören, welche nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Das Reichsheer nach dem Militäretat pro 187

— Berlin, 15. November. In dem neuen Etat kommt das neue Militärgesetz mit seinen Bestimmungen über die Cadrestärke zum ersten Mal zur Anwendung. Wenn unlängst in anscheinend ununterrichteten Korrespondenzen hervorgehoben wurde, daß, trotz des Militärgesetzes, die Regierung doch die Rekruten sehr spät in diesem Jahre einstelle, so wird dabei übersehen, daß auf das Jahr 1874 noch das Militärgesetz in Anwendung findet. Der neue Etat legt dagegen nur eine vierwöchentliche Vakanz zwischen Rekruteneinstellung und Rekruten-einstellung voraus, wie solche auch bei der Veranbarung des Militärgesetzes von vornherein zugegeben war. Alle anderen Vakanten gegen die Normalstärke der Friedenscadres fallen bis auf die Anrechnung der Einjährig-Freiwilligen bei der Kavallerie auf den Etat pro 1875 ebenfalls fort, so daß die Friedensstärke des Reichsheeres, welche pro 1874 durchschnittlich höchstens 350,000 Mann betragen haben wird, sich pro 1875 auf durchschnittlich 385,000 Mann belaufen wird, also auf die durch das Militärgesetz vorgeschriebene Zahl von 401,659 nach Abzug der Vakanten, welche sich durch Zufall (1.8 pCt.) und die vorerwähnte vierwöchentliche Vakanz ergeben. Die Mehrkosten, welche daraus gegen den Etat des Vorjahres erwachsen belaufen sich auf ca. 3½ Millionen Thlr. Da aber pro 1874 noch weit weniger Truppen präsent waren, als der Etat dieses Jahres in Aussicht nahm, so ist der Unterschied zwischen dem Etatssoll pro 1875 und dem Rechnungssoll pro 1874 noch erheblich höher.

Nicht in die gesetzlich vorgeschriebene Friedenspräsenzstärke miteingerechnet sind, abgesehen von den auf den Landesetat stehenden Gensdarmen, die Invalidenkompanien, die Einjährig-Freiwilligen (mit Ausnahme der Kavallerie), die Offiziere, Ärzte, Zahlmeister, Koschärte, Bäckermacher und Sattler, die Militärbeamten und die zu Uebungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Was diese Uebungen anbelangt, so beschäftigt man mit Rücksicht auf das neue Gesetz und das neue Gesetz im Jahre 1875 die gesamte Reserve der Infanterie und Artillerie mit Ausnahme der Infanteriereserve von drei Armee-corps, welche bereits im Jahr 1874 mit der neuen Bewaffnung vertraut gemacht worden ist, zur Uebung einzuziehen. Für das Jahr 1876 und die nächstfolgenden Jahre wird die Absicht ausgesprochen, die alljährlich wiederkehrenden Uebungen des Beurlaubtenstandes gegen den bisherigen Uebungsplan etwa um die Hälfte zu beschränken.

Dem Etat ist eine Uebersicht beigelegt, wie sich die Normalstärke von 401,659 Mann auf die einzelnen Truppentheile und Etagen vertheilt. Es sind aber nicht die Abänderungen gegen den pro 1874 geltenden Vertheilungsplan ersichtlich gemacht. Soviel sich darüber indessen erkennen läßt, sind die hauptsächlichsten Änderungen bei den Mannschaften folgende: Bei der Artillerie fallen 205 Gefreite und Gemeine fort; es kommen dagegen 12 Stabs-Hautboisten, 14 Unteroffizier-Hornisten und 29 Fahrer zum Ansat. Man beabsichtigt nämlich auch der Fuß-, (Festungs-) Artillerie Musikkorps wie den Pionierbataillonen zu geben und sucht dies mit der Bewaffnung der Mannschaften mit dem neuen Infanteriegewehr zu rechtfertigen. Außerdem wird die Artillerie-Schießschule um 3 Unteroffiziere und 41 Gemeine verstärkt. Die Unteroffizierschulen erhalten einen Zugang um 2 Unteroffiziere und 18 Handwerker, die Landwehrbezirkskommandos um 9 Feldwebel, 1 Unteroffizier und 9 Gemeine. Beim Train werden 31 Unteroffizier- und 23 Gemeinestellen in 31 Portepferdetrupps, 14 Schreibmeister- und 14 Schreibstellen verwandelt, bei den Pionieren 28 Unteroffiziersstellen in 28 Gemeinestellen. Die Uebersicht im Rechen der vorgeschriebenen Gesamtstärke findet man schließlich durch Verminderung der Etats der Halbinvaliden um 9 Unteroffiziere und 77 Gemeine. Im Allgemeinen macht sich auch pro 1875 das Bestreben bemerkbar, die prima plana d. h. die Unteroffiziere, also Berufssoldaten, auf Kosten der Zahl der Gemeinen, also der ihrer allgemeinen Dienstpflicht Obliegenden, mehr und mehr zu verstärken, ein Vorgehen wobei die allgemeine Wehrpflicht immer weniger innegehalten werden kann.

Was das Offizierkorps anbelangt, so ergeben die Uebersichten gegen 1874 eine Verstärkung um 180 Köpfe. Die dritten Sekondlieutenantsstellen per Compagnie, Eskadron und Batterie sollen dabei erst

im Etat pro 1876 in Ansat gebracht werden. Es sind in dem Etat von 180 Köpfen einbezogen für das preussische Kontingent 1 Generalmajor, 1 Oberst, 6 Stabs-Offiziere und 4 Hauptleute beim Generalstabe, 1 Generalmajor, 2 Regimentskommandeure, 8 Stabs-Offiziere, 9 Lieutenants in besonderen Stellungen (wogegen hier 10 Hauptleute in Wegfall kommen), 2 Generalleutenants und 4 Generalmajors bei der Fußartillerie (bereits besetzt), 24 überzählige Stabs-Offiziere bei der Feld- und Fußartillerie, 1 Oberst, 1 Stabs-Offizier, 8 Hauptleute, 22 Zeug- und Feuerwerkslieutenants beim Zeugwesen und bei Artillerieeinheiten, 1 Oberst, 1 Stabs-Offizier, 1 Adjutant bei den Landwehrbezirkskommandos, 1 Generalmajor als Inspektor der Kriegsschulen, 6 Hauptleute bei den Militär-erziehungsanstalten, 2 Rittmeister bei den Lehrschmieden, 1 Hauptmann, 4 Lieutenants beim Eisenbahnbataillon etc. Im Abgang kommen dagegen die Kommandanten und Platzmajore der eingegangenen Festungen Graudenz, Kofel, Bittenberg, Minden und Erfurt. Die Lieutenantsstellen der Divisionsadjutanten sollen in Hauptmannsstellen umgewandelt werden. Analog soll das Offizierkorps des sächsischen und des württembergischen Armee-corps vermehrt werden.

Es dürfte indeß einigermaßen zu bezweifeln sein, ob der Reichstag auf die neuen Stellen, namentlich was die Offiziere in besonderen Stellungen und die Stabs-Offiziere der Artillerie anbelangt, so bereitwillig eingehen wird. — Was das übrige zum Heer gehörige Personal betrifft, so sind gegen 1874 65 Zahlmeister (bei der Artillerie), 8 Koschärte (Korpskoschärte) und 32 Bäckermacher (Artillerie) mehr angesetzt, dagegen 6 Ärzte (Garnisonärzte in den eingegangenen Festungen) weniger. Die Zahl der Dienstpferde wird um 784 erhöht, theils in Folge der Vermehrung des Offizierkorps, theils wegen Erhöhung der Etas der fahrenden Batterien um je 3 Reitpferde. Vielleicht nimmt aber der Reichstag Veranlassung, diese Erhöhung des Pferdestandes ausgleichen durch Absetzung der überflüssigen Pferde bei den höheren Offizieren, zumal hier bekanntlich viele hundert Pferde, für welche Fouragelkompetenzen zur Hebung gelangen, gar nicht gehalten werden.

Deutschland.

Berlin, 15. November.

— Über die letzte Sitzung des Reichstags schreibt der Parlamentskorrespondent der „Köln. Ztg.“ unterm 14. d.:

Die die Lokomotive erst einige Zeit braudt, um mit langsamen, allmählich schneller werdenden Stößen sich und die ihr angehängte Wagenburg in Zug zu bringen, insofern die Passagiere sich auf ihren Plätzen ordnen und einmischen, so hat sich endlich auch der deutsche Reichstag zusammen- und zurechtgefunden, und für die Stammgäste des Hauses, sollte man glauben, muß der heutige Tag mit seinen wechselnden Verhandlungsgegenständen und der bunt aus Ernst und Scherz gemischten Diskussion und auf dem Bundesrathsporzett das sich so eigenenthümlich ergänzende und zugleich kontrastirende Nebeneinander des Reichskanzlers und des Präsidenten des Reichsraths ein völliges Daheim gewesen sein. Selbst der wenig interessante, obgleich er so manche wichtige Interessen berührt, Gegenstand des Marfenschuges trug zur allgemeinen Unterhaltung des Publikums auf den wohlgefüllten Galerien und, wie man sehen konnte, auch der Erwählten der Nation selber bei, in so fern das Amendement Kaiser den Umrathen der Haussprache notwendig machte und, was mancher bekümmerten Brust zur Beruhigung diente, die Anwesenheit von 215 Mitgliedern darthut. Man kann nicht sagen, daß der Reichstag diese Probe auf die Pflichttreue seiner Mitglieder glänzend bestanden, aber er hat sie bestanden, und das Haus konnte in den Geschäften weitergehen. Für den ersten Blick ist es wenig ersichtlich, wie das jetzt angenommene Amendement der Absicht des Abg. Kiefer genügt; aber insofern das allerdings eine Durchschränkung des Prinzips der Vorlage enthaltend Amendement den Wünschen der bielefelder Industrie gerecht, als durch die Zuzugung einer Zahl oder eines Buchstabens zu der berühmten Flachsbilume der einzelne Leinenfabrikant eine besondere eintragfähige Marke erhält und doch mit seiner Waare als Repräsentant der Gesamtindustrie des Orts erscheint, zur Nummer 11, betreffend die Geschäftsordnung in Elßaß-Lothringen hatte der Abg. Gerber den neulich angekündigten Verbesserungsvorschlag, die Beseitigung der unbestimmt verlängerten Frist von einem Reichstagsbeschlusse abhängig zu machen, eingebracht. Ein Pole, Herr v. Domirski, nahm die Gelegenheit wahr, über den Sprachkampf in der Provinz Posen jene Klagen zu wiederholen, die uns Allen wohl bekannt. Der Abg. v. Buttler (Soran), der längere Zeit in der Provinz Posen als Richter thätig war, konnte durch einige kräftige Striche ein wesentlich anderes Bild entwerfen und bestimmte namentlich, wie oft dort Leute Deutsch verstehen, aber nicht Deutsch verstehen wollen, die dann schließlich, durch das Verdolmetschen, gelangweilt, mit der Erklärung herausplätzen, man solle Deutsch zu ihnen reden. Als darauf der Abg. Gerber, vielleicht durch die Melasse der des poln. Redners umgibt, mit mehr Empfindsamkeit als praktischer Logik seinen Antrag begründete, war es wieder ein v. Buttler; dieses Mal der Appellrath aus Colmar, welcher als Jurist und kritischer Sachverständiger zugleich dem Herrn Gerber, dessen Verdienste um Erhaltung der deutschen Sprache er gern anerkannte, nachwies, daß die beantragte Modifikation nicht nur sofort Elßaß-Lothringen schlechter stelle, wenn die Geltung der Verordnung auf einen Schlag beendet wäre, sondern auch selbst in Gestalt eines neuen Gesetzes schädigen müßte, da der Reichstapler sich hüten müßte, ein Zugeständnis zu machen, das für ihn unannehmbar sein würde. Nachdem der Abg. Windthorst, der dies wohl einsehen, sich zwischen den Hörnern des vorliegenden Dilemmas durchzusehen versucht, bekräftigte noch der Reichskanzler die Buttler'sche Warnung durch ein Paar gewichtige Worte und den Triumph, daß er zur Stunde noch in Elßaß-Lothringen weniger Mühe mit denen habe, welche französisch, als mit denen, welche deutsch sprechen. Herr Gerber wollte den Windthorst'schen Wind mit dem Baumstumpf, sein Amendement zurückziehen, nicht verstehen, und so fiel dasselbe gegen die elßässer, polnischen und etwa die Hälfte der Stimmen des Centrums, eine Entscheidung, die ersichtlich den durch die Unbotmäßigkeit der elßässer Freischaar erzeugten sterilen Parteidiskurs wurmte. Der letzte Gegenstand, die Steuerfreiheit des Reichseinkommens, wurde nur gestreift, versprochen aber, da es sich um den Kommunalgeldbeutel handelt, hitzige und nicht eben kurze Debatten. (Um bei dieser Vorlage sein gewichtiges Wort in die Waagschale zu werfen, möchte wohl der Reichskanzler in der Sitzung erschienen sein.)

— Die Wählerversammlungen zum Zweck der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen dauern fort. Uebrigens der interessantesten berichtet die „Nat.-Ztg.“ Folgendes:

Die Wähler des 1. Kommunalwahlbezirks hielten am Freitag Abend im Saale des Grauen Hofes eine Versammlung ab. Der Vorsitzende Weber verlas ein Schreiben des bisherigen Vertreters des Wahlbezirks, Professor Birchow, in welchem dieser auffordert, von seiner Wahl zum Stadtverordneten für dieses Mal Abstand zu nehmen. Er (Birchow) habe bisher mit großer Liebe und Selbstverleugnung diesem schweren Amte vorgestanden und sich weder durch die vielfachen Angriffe, die er in dieser Stellung erfahren habe, noch durch die Masse der naturgemäß damit verbundenen Geschäfte zurückschrecken lassen, auch in dieser Weise für das Wohl der Stadt Berlin zu wirken. Allein die Anerkennung seiner Mitbürger und die feste Ueberzeugung, daß seine Arbeit der Gesamtheit nütze, habe ihn Alles Leibrige vergessen lassen und es ihm mählich gemacht, neben seinen anderen zahlreichen Geschäften, sich ohne Murren auch noch dieser Aufgabe zu unterziehen. Dies könne er gegenwärtig nicht mehr, da eine Partei, die er selbst habe begründen helfen, — die jetzige Bergpartei — ihn in der gewöhnlichen Weise ansehe und verdächte. Er halte es daher für angezeigt, aus einer Körperschaft zu scheiden, deren Mitglieder ihm, wie es scheint, nicht mehr das Vertrauen entgegen brächten, dessen er bisher gewürdigt worden sei. — An den Inhalt dieses Schreibens knüpfte sich eine lebhafte Erörterung der Verdienste Birchow's, in der Stadtverordnetenversammlung. Alle Redner waren darüber einig, daß Professor Birchow in der Stadtverordnetenversammlung unentbehrlich sei und daher trotz seiner Weigerung, eine Wahl anzunehmen, als Kandidat aufgestellt werden müsse. Von Seiten der gemäßigten Partei, die nur sehr schwach vertreten ist, erhob nur ein Redner Widerspruch gegen die Wiederwahl Birchow's, indem er verlangte, daß der 1. Bezirk durch einen Mann vertreten werde, der entschlossen sei, sich der schwierigen Lage der Gewerbetreibenden der Stadt Berlin energisch anzunehmen, von deren Besserung der Arbeitnehmern gegenüber in der Stadtverordnetenversammlung noch nie im Ernst die Rede gewesen sei. Nachdem die Ausführungen dieses Redners lebhaften Widerspruch gefunden, wurde Professor Birchow als alleiniger Kandidat zur Wiederwahl empfohlen.

Die „Germania“, schreibt betreffs der Stadtverordneten-Wahlen: „Wir halten dafür, daß in den Bezirken, wo die Unfrigen (die Ultramontanen) keinen eigenen Kandidaten durchzubringen vermögen (d. h. in allen Bezirken) sie dem Kandidaten der „Bergpartei“ ihre Stimme geben.“

— Schon früher hat das Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten wegen der Inkonvenienzen, welche durch die Verbindung von Lehrer- und Künstler stellen in einzelnen Landestheilen entstehen, angeordnet, daß auf die Trennung der Künstler- und Lehrerstellen überall hingewirkt, und wo sich in einzelnen Fällen Schwierigkeiten entgegenstellten, diese nach Möglichkeit beseitigt werden sollen. Demnach ist bestimmt worden, daß die Trennung der verbundenen Kirchen- und Schulanstalten nach Möglichkeit zu veranlassen sei und da ausgeführt werden solle, wo ein gültiger, von der betreffenden Regierung nach vorhergegangener Prüfung der Leistungsfähigkeit genehmigter Gemeindefiskus dem Schullehrer ein von dem Kirchendienst unabhängiges, ausreichendes Einkommen sichert. Da diese Anordnung noch nicht überall, die wünschenswerthe Durchführung erhalten hat, so soll der Inhalt der Verordnung aufs Neue in Erinnerung gebracht werden.

— Ueber den in den letzten Tagen mehrfach genannten Geh. Legationsrath Heple bringt die „Neue Bors.-Ztg.“ folgende nicht uninteressante Mittheilungen:

Dr. Heple ist zur Disposition gestellt, wie er in einer veröffentlichten Erklärung bemerkt: aus Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit. Der Weg, auf welchem Dr. Heple in die diplomatische Laufbahn gelangte, ist ein ungewöhnlicher. Bevor er zum Geh. Legationsrath ernannt wurde, unmittelbar vorher, war er Gymnasiallehrer in Posen. Im Jahre 1848 zum Abgeordneten des deutschen Parlaments nach Frankfurt gewählt, machte er sich dort durch seine Kenntniß der polnischen Verhältnisse (er verstand auch polnisch) dem General von Radomiz nützlich, begleitete denselben später nach Erfurt in das dort verordnete Unions-Parlament, fungirte dann in Berlin als Sekretär des Herrn v. Radomiz in dem gleichfalls im Versuchsstadium gebliebenen Bundesrath der „Deutschen Union“, protokolirte in dieser Eigenschaft die trotzigen Einprüche des Herrn von Haffelpflug und ging dann unter Herrn v. Mantuffel als Rath in dessen auswärtiges Ministerium über. Dr. Heple erhielt sich in seiner Stellung anfangs nicht ohne Kämpfe. Einmal geschah es, daß ihm seine literarische Thätigkeit zum Vorwurf gemacht und er gedroht ward, vielfährigen Beziehungen zu angesehenen Tagesblättern aufzu-

geben. Von späteren Schicksalen des Dr. Heple hat man nichts gehört; in letzten Zeiten war von der Diplomatie der Herren Bacher und Agazzi zu viel die Rede. Die älteren Mitarbeiter der auswärtigen Politik traten in den Hintergrund. Aber seit Ancillon, der vom Prinzen Erzieher zum auswärtigen Minister gemacht wurde, war Heple der erste preussische Schulmeister, der vom Rathgeber in die Diplomatie gelangt ist.

— [Doktor und Oberrechnungskammer.] Ein hiesiger Arzt, so schreibt die „Ber.-Ztg.“, war im vergangenen Jahre von Gerichtswegen nach Schöneberg hinausgeschickt worden und erlaubte sich, von einem Droschkentrittscher zweiter Klasse sich hinausfahren zu lassen. Er liquidirte 1 Thlr. 10 Sgr. und die Salarienkasse des Kreisgerichts nahm auch keinen Anstand, ihm diese Summe auszusahlen. In diesen Tagen wurde er durch folgende Verfügung überrascht: Berlin, 27. Oktober 1874. Königl. Kreisgericht. Rassenverwahrung. Ein. v. haben für den Termin in Schöneberg am 30. März 1872 in der Langnerischen Gemüths-Untersuchungssache neben den Gebühren noch an Fuhrkosten Entschädigung 1 Thlr. 10 Sgr. aus der Kasse des hiesigen Kreisgerichts erhalten. Da jedoch der Medizinalbeamten und Aerzten außer den Zinsen nach § 3 und folg. des Gesetzes vom 9. März 1872 zulässigen Gebühren für die im Auftrage der Gerichte an ihrem Wohnorte oder innerhalb einer Viertelmeile von demselben auszuführenden Geschäfte Fuhrkosten nicht bewilligt, solche vielmehr nach § 1 des gedachten Gesetzes nur für medizinisch- oder sanitätspolizeiliche Verrichtungen festgesetzt sind, so hat die königliche Oberrechnungskammer jene Auslagen beanstandet und das königliche Kammergericht uns angewiesen, die Wiedereinziehung der mit Unrecht gezahlten Beträge zu erwirken. Demgemäß fordern wir Sie auf, jene 1 Thlr. 10 Sgr. zurückzuerhalten, wobei wir noch bemerken, daß die Einforderung der in den Jahren 1873 und 74 zuviel gezahlten Fuhrkosten bis nach Eingang der noch erwarteten Erinnerungen der kgl. Oberrechnungskammer vorbehalten bleibt.“

Breslau, 15. November. Wie der „Tagesb.“ aus Mähren“ meldet, ist der ostmähr. Erzbischof mit der preussischen Regierung nun endlich in einen akuten Konflikt gerathen. Der rührige Kirchenfürst fuhr nämlich ohne Rücksicht auf die preussischen Maßregeln fort, in dem preussischen Antheil seiner Erzbischöfe (Grafschaft Glatz) erledigte Pfründen zu besetzen, ohne die Anzeige an die Behörde zu erstatten. Er war deshalb vor das königliche Kreisgericht in Ratibor geladen, und da er, wie natürlich, nicht erschien, in contumaciam zu einigen Tausend Thalern Strafe oder eventuell zu Gefängniß in der entsprechenden Dauer verurtheilt und die österreichische Regierung um dessen Auslieferung ersucht. Die letztere erkannte in dem Vorgehen des Erzbischofs keine Gesetzesübertretung und wies das Ansinnen zurück. Jetzt erließ das preussische Kreisgericht einen Steckbrief gegen den Kirchenfürsten und wies den Pächter des erzbischöflichen Gutes Stofmütz an, den Pachtzins nicht an den Erzbischof, sondern an das Kreisgericht in Ratibor abzuführen. Daß der Pächter dieser Weisung gehorchen wird, ist nicht zu bezweifeln. Es ist sehr leicht möglich, daß die Angelegenheit sich noch weiter verwickelt. Die Einbringung des Erzbischofs nach Ratibor konnte gelegentlich, so vorsichtig der Kirchenfürst auch sein wird, doch erfolgen, und es dürfte sich in diesem Falle fragen, wie die österreichische Regierung sich zu derselben verhalten würde.

Chemnitz, 12. November. Das „Chemnitzer Tagebl.“ schreibt: „Im Anschluß an die Notiz, welche die in hiesiger Stadt erfolgte Verhaftung eines Gewerbs-Gehülfen betrifft, welcher Drohreden gegen den Fürsten Bis marck in einer öffentlichen Wirthschaft ausgesprochen haben soll, erfahren wir von einer anderen, gleichfalls betheiligten Seite, daß die Anschuldigung gegen jenen Menschen nicht nur vollständig begründet, sondern daß durch Drogenen weiter erwiesen ist, daß er das Mißlingen des Kullmann'schen Attentats gegen den Fürsten Bismarck laut und lebhaft bedauert, sowie geäußert hat, daß er dasjenige ausführen werde, was Kullmann „gefehlt“ habe.“

Elfaß-Lothringen, 14. November. Nach einer Mittheilung der „Ztg. f. Loth.“ ist das Entlassungsgesuch des Bezirkspräsidenten Grafen v. Arnim-Boitzenburg angenommen. — Der Bezirks-Präsident in Colmar, v. d. Seydt, ein Sohn des früheren Ministers v. d. Seydt, ist an einem Magenübel gefährlich erkrankt.

Saarbrücken, 13. November. Am 9. d. Mts. begann hier die Schmarbrücker Verhandlung gegen die Tumultuanten, welche am 19. Juni d. J. auf dem Bahnhofe zu St. Wendel eine großartige Mordthat verübten mit dem Behufs Abführung einer rechts-

kräftig erkannten Gefängnißstrafe verhafteten katholischen Pfarrer Isbert von Ramborn aufgeführt und dabei die verhaftenden Beamten mißhandelt hatten. Aus der von der „Saarb. Ztg.“ veröffentlichten Anklagechrift ist folgende Stelle hervorgehoben:

Als Isbert in Ramborn verhaftet wurde, liefen alsbald alle Dorfbewohner tumultuärsch zusammen. Die Sturmglöden wurden geläutet; ein reitender Bote überbrachte die Nachricht nach dem nahen Bistum zu Trier und auch dort begann sogleich das Sturmläuten. Als die Beamten mit dem Verhafteten auf die Straße hinaustraten und den Weg nach der Eisenbahnstation Trierwärts einschlugen wollten, verlangte die ganze Menge in heftiger und drohender Weise, daß der Geistliche nicht nach Triermühle, sondern nach St. Wendel gebracht werden müsse. Isbert wurde sofort von der Masse umringt, in die Höhe gehoben und in die Richtung nach St. Wendel fortgeführt. Vergeblich waren die Vorstellungen der Beamten, daß sie den bestimmten Auftrag hätten, den Pfarrer nach Triermühle zu transportieren; sie waren der Uebermacht und dem Fanatismus der Masse gegenüber wehrlos und mußten, um nicht thätliche Angriffe zu provozieren, sich dem Verlangen fügen. Auf dem Wege nach St. Wendel wurde die Menge zahlreicher und erregter. Aus dem an der Straße gelegenen Walderweiler, aus Hofreden, Mänschbach, Furschweiler und anderen Dörfern kamen die Leute, Alt und Jung, herbeigelaufen und schlossen sich dem Zuge an. In Walderweiler kamen schon Einwohner von St. Wendel dem Zuge entgegen; Mädchen in Festkleidern trugen Blumensträuße und Kränze. Die Beamten wurden mit Steinen geworfen und am Vordrängeschreiten verhindert. Sie mußten sich ihrer persönlichen Sicherheit wegen in der Nähe des Pfarrers von Furschweiler halten, welcher sich gleichfalls eingefunden hatte. Bei der Ankunft in St. Wendel war die Menge, deren Haltung immer drohender wurde, auf mehr als 1000 Personen angewachsen. Es gelang, den Zug, der die Stadt St. Wendel passieren wollte, direkt nach dem Bahnhofe zu führen. Auf dem Bahnhofe dauerte der Tumult fort. Die requirirten Stammannschaften des zu St. Wendel garnisonirenden Landwehrbezirks-Kommandos mußten einschreiten und mit blanker Waffe, fortwährend aus der Masse heraus mit Steinen beworfen, die Tumultuanten vom Bahnhof wegstreben. Die Angeklagten haben sämmtlich an dem Aufruhr Theil genommen, einzelne jedoch in hervorragender Weise die Entwicklung desselben verschuldet oder nachweisbar Gewaltthätigkeiten gegen die Beamten verübt.

Isbert selbst wurde freigesprochen, von den übrigen Angeklagten wurden die meisten für schuldig befunden. Das Urtheil lautete für 3 derselben auf 3, für einen auf 1½ und für einen auf ½ Jahr Gefängniß.

Schweiz.

Aus Zürich, 6. Nov., geht dem „Schwäb. Merc.“ folgende Korrespondenz zu: „Seit einer Reihe von Jahren ist die Schweiz das ausgewählte Terrain für polnische Banknotenfälscher. Die großen Prozesse gegen solche Fälscher 1871 in Overdon und Solothurn sind noch in lebhafter Erinnerung. In der nächsten Zeit werden die zürcherischen Gerichte wieder Anklagen gegen ein polnisches Ehepaar und Genossen zu beurtheilen haben, die im Mai d. J. in den Kantonen Glarus und Zürich falsche, unzersehbare in der Schweiz verfertigte Hundertfrancnoten der Bank von Glarus ausgaben. Bei diesem Anlaß dehnte die zürcher Polizei ihre Nachforschungen auf einige in Zürich lebende Polen aus, die durch ihren Aufwand ohne nachweisbar rechtmäßige Mittel sich verächtlich machten. Diese Nachforschungen haben jetzt erst ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Ihr Resultat ist, daß eine internationale Fälscherbande, deren Mitglieder theils innerhalb, theils außerhalb der Schweiz wohnen, sich mit dem Banknotenfälschergewerbe befassen und daß diese Bande russische und englische, wahrscheinlich auch österreichische Banknoten anfertigt oder den Absatz solcher betreibt. Einzelne Mitglieder sind in Frankreich und Oesterreich wegen Abgabe falscher russischer Noten bestraft, andere sind wegen dieses Vergehens verhaftet. Ein gewisser Kuczyk, der sich für einen polnischen Grafen ausgibt, Oberst unter Garibaldi, längere Zeit in Zürich wohnhaft, wurde an die Behörde in Lemberg ausgeliefert, von welcher er seit Jahren fleißig verfolgt war. Durch die in Zürich eingeleitete Untersuchung wurde die Bande jedenfalls in ihrem gefährlichen Treiben gestört; der polnischen Emigration kommen diese Erfolge nicht zu statten.“

Frankreich.

Aus Paris, 13. November. Ueber die Zusammenkunft, welche der Unterrichtsminister de Comont am letzten

9. Alte Geschichten.

(Schluß.)

Die Colonisationen, deren wir zuletzt gedacht, gingen auch in die Länder der polnischen Krone, die sich theilweise dem neuen Glauben ergaben, und in der Blüthezeit ihrer Macht eine Toleranz gestatteten, die nur später dem Einflusse der Jesuiten geopfert wurde. Zur Strafe aber entstand daraus die Disfidentenfrage und mit ihr auch der Untergang des Reiches. Nach der Bekehrung Polens durch die Jesuiten und unter der sächsischen Dynastie ging theilweise die Colonisation rückwärts, nach den Marken und nach Schlessen hin, die geschaffene Kultur verödete wiederum und kam erst unter preussischer Herrschaft zunächst im Nege-Distrikt, dann auch weiter im Süden wieder zum Vorschein. Interessant ist das Schicksal Lissa's, des Städtchens, welches durch sein Lissakunin noch heute einen europäischen Ruf hat. Lassen wir den Verfasser Dr. Schwarzbach, erzählen. „Lissa war eine reiche, ansehnliche Stadt gewesen, die unter der berühmten Familie des Leszinski in hoher Blüthe stand. Ja Raphael Leszinski, der selbst Protestant war, gab die katholische Kirche für die hier in großer Zahl einwandernden böhmischen Brüder her und gründete hier selbst eine Schule (1555). Selbst als die besitzende Familie zum Katholizismus übertrat, hatte die protestantische Bevölkerung hierunter nicht zu dulden. Biel hatte aber das wachere Städtchen von anderer Seite zu leiden gehabt. Bei dem schwedisch-polnischen Kriege unter Joh. Casimir, als der Feldmarschall Wittenberg in Polen einrückte, verbanen sich die Polakinnen Posen und Kalisch mit den Schweden. Bald jedoch trat, als die Polen wieder erwarteten, Umschwung und Strafe ein, man belästigte namentlich die Protestanten des Berraths, die allerdings, aber einflusslos wie sie in Polen waren, nicht mehr als die andern sich dieser politischen Bewegung angeschlossen hatten, vorzüglich die böhmischen Brüder. Das polnische Landvolk wurde bewaffnet. In hellen Haufen zog man nach Lissa, das damals fast durchweg von Protestanten, meist böhmischen und mährischen Brüdern bewohnt war. Zwar flohen die erschrockenen Einwohner über die schlesische Grenze, aber die Stadt selbst ging in Flammen auf. Das war der erste große Brand von Lissa im Jahre 1556. Die Folgen waren für die Stadt fürchterlich, mitten im Wachsthum war sie tödtlich getroffen, ihre Blüthe geknickt. Die Bewohner flüchteten meist, und

Handel und Wandel erhoben sich nie wieder zur früheren Stärke. Die Bevölkerung arbeitete aber mit Macht, das Versäumte einzuholen, und bewies sich, der Fürsorge der Leszinski zum Danke, auf das Treueste und Anhänglichste. Aber dieser Anhänglichkeit zum Lohne sollte Lissa abermals ein Raub der Flammen werden. Denn August II., aus Born darüber, daß die Bürger jener Stadt der ihm verhafteten nebenhülserischen Familie Treue hielten, ließ Lissa abermals anzünden. Das war der zweite große Brand 1707. Und wiederum arbeitete sich die Stadt aus Schutt und Trümmern heraus zu leidlicher Wohlhabenheit, wenngleich natürlich mit immer geringerer Lebenskraft, die durch eine schreckliche Pest des Jahres 1709 noch mehr erlähmte. Und noch schlimmer wurde die Lage dadurch, daß auf die lebenswichtige, vielfach für das Wohl der Stadt sorgende, tolerante Familie der Leszinski die streng katholischen Sulkowski's 1738 in den Besitz der Stadt gelangten. Da ereignete sich der dritte Brand 1767.

Das Unglück der Stadt rührte den Besitzer selbst nur wenig, ja er verlangte von der verarmten Bürgerschaft noch ein Quantum von 8000 Species Dukaten, nach Anderen soll er sich durch den neuen Magistrat einen für ihn günstigen Vergleich erschlischen haben, demzufolge die Freiheiten der Bürger verringert wurden und dieselben sich mit einer niedrigen Jahresanzahl bei gewissen Vorrechten begnügen sollten. Der Dirigent und der Magistrat begaben sich beschwerdeführend zum Könige nach Warschau, der ihnen auch ihre alten Privilegien und eine zehnjährige Freiheit schriftlich gewährleistete. Aber höhrend wurden die Zurückgekehrten empfangen, das von ihnen präsentirte Schreiben legte der Gebieter ungeschlen auf Fenster, worauf sich die Deputirten dasselbe wieder anboten, eine Bitte, der er auch gefällig willfahrte. Aber kaum waren die Deputirten wieder in ihrer Wohnung, so wurden ihrer zwei verhaftet und in die Scharfrichterrei, die hier als Stockhaus diente, abgeführt. In der Stadt entstand indeß in Folge davon ein Tumult der Bürger. Sulkowski ließ sich von seinem Bruder, dem Fürsten von Reizen, 50 Mann Infanterie und 50 Mann Kavallerie schicken. Diese Soldateska kam an und gab sofort auf die ganze unbewaffnete Bürgerschaft Feuer, die Kavallerie führte eine Attaque aus, riß die Bürger nieder und hieb auf sie ein; mehrere Bürger und eine schwangere Frau blieben todt auf dem Plage.“

Die Lissauer wanderten aus, zumeist nach Gubrau, Herrnsdorf und Groß-Tschirnan. Friedrich der Große erließ eine besondere königliche

Versicherung für die Lissauer Abgebrannten, worin er das Unglück der Stadt bedauerte, und verspricht, alle Kolonisten aus Lissa sollten in den Vollbesitz der Patente treten, die schon früher für die aus Polen nach Preußen und speziell nach Schlessen einwandernden Familien gegeben waren. Lissa selbst aber wurde bürgerarm und der Fürst mußte sogar eine Proklamation erlassen, um ausländische Kolonisten für seine Stadt zu erhalten.

Es wird nicht überflüssig sein, eine allgemeine Uebersicht über die Einwanderungen in den preussischen Staat zu geben. Das citirte Werk „Hohenzollern'sche Colonisationen“ von Dr. Max Beheim-Schwarzbach giebt uns darüber ausführlichen Aufschluß. Unter dem großen Churfürsten zogen ein: französische Refugiés, österreichische Protestanten aus Schlessen, wenn auch in geringer Zahl, polnische Socinianer und italienische und Schweizerische Waldenser. Dann folgten unter seinem Nachfolger, päpstliche Wallonen, Schweizer emigranten und Menoniten. Friedrich Wilhelm I. nahm die Salzburger und die Böhmen auf, Friedrich der Große öffnete seine Staaten, zumal nach den schlesischen Kriegen, den Leuten aus aller Herren Ländern, und führte dabei die neue Praxis ein, den Adel und die Großgrundbesitzer zur Theilnahme an Kosten und Gewinn einzuladen resp. allernachdrücklich zu zwingen: unter ihm erblickten die Kolonien im Westpreußen wie im Negedistrikt. Nach diesem Könige tritt ein Stillstand in den Kolonialunternehmungen der Hohenzollern ein und spätere Umgestaltungen mußten diese Art von Politik ganz verschwinden lassen.

Es sind aber bis zum Jahre 1740 eingewandert 20,000 Refugiés, 7000 Pfälzer, 4100 Schweizer, 2000 Böhmen, 20,000 Salzburger, also 53,000 Seelen im Ganzen, ohne die Niederländer, Waldenser, Menoniten, Oesterreicher, Schlessen zu rechnen. Diese Zahlen aber bedeuten wenig, wenn man bedenkt, daß bei der ersten Bevölkerungsaufnahme vom J. 1725 in der Kurmark allein gegen 60000 auf die seit 40 Jahren Eingewanderten und ihre Nachkommen gerechnet werden dürfen, und daß man nicht unrecht thut, wenn man überhaupt den vierten Theil des Bevölkerungszustandes, wie er sich zur Zeit des Ablebens F. W. I. im Königreich herausstellte, nach den Kolonisten rechnet, die seit 1640 das ganze Jahrhundert eingewandert sind und sich vermehrt haben, was ungefähr eine Summe von 600,000 Menschen abgiebt. In den Regierungsjahren des großen Friedrich sind allein gegen 300,000 Kolonisten in Brandenburg und Preußen angesiedelt worden, und im

Montage mit den Präsidenten der liberalen protestantischen Konsistorien hatte, vernimmt ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ Folgendes:

Der Unterrichts-Minister hatte an seiner Seite Wilhelm Guizot, Unterdirektor der nichtkatholischen Kulturen (Sohn des verstorbenen Guizot und orthodoxer Protestant). Der Präsident des Konsistoriums von Lyon, Herr Buisson, ergriff zuerst das Wort; er setzte den Ursprung und die Ursachen auseinander, welche seit einigen Jahren zu den Streitigkeiten in der reformirten Kirche Anlaß gegeben, und erinnerte daran, daß die reformirte Kirche in dem Akt, in welchem der Staat die protestantische Kirche herstellte, ihren Glauben nicht festgesetzt und sie nicht als auf irgend einem Glaubensbekenntnis beruhend erachtet wurde. Er erstattete dann Bericht über die Unruhe und Erregung, welche die Einmischung der Regierung in die Angelegenheiten der reformirten Kirchen hervorgerufen, zumal diese den offen Partei für eine dogmatische Tendenz gegen die andere nehmen zu wollen scheinen. Er hob besonders die Angst der Pastoren und Gläubigen hervor, welche im Nord, in der Normandie, im Südosten, in der Bretagne, mit Einem Wort überall fragten, welche Absichten die Regierung in Wirklichkeit habe und welchen Zweck sie verfolgen. Schließlich beschwor er den Minister, betreffs der Pastoren und Konsistorien, deren Erwählung er für nichtig erklärt, seine strengen Maßregeln in Anwendung zu bringen, die wahrhafte Uebergriffe der Amtsgewalt sein würden, sondern die Rechte und Freiheiten aufrechtzuerhalten, in deren Besitz bis jetzt alle Protestanten gewesen seien. Salabert, Professor an der Rechts-Fakultät zu Nancy, und Julien Larnac, Advokat beim Staatsrath und Kassationschef, theilten dann dem Minister die von ihren Religionsgenossen gefassten Beschlüsse mit: Die liberalen Kirchen wollten unter keinen Umständen die Autorität der Generalsynode anerkennen; sie können nicht zugeben, daß man sie wieder unter das Joch der Knechtschaft unter dem Vorwand bringe, den Glauben der Kirche in einem Autoritäts-Bekenntnis festzustellen, das mit einigen Stimmen Majorität von einer Versammlung holt worden, die auf willkürliche Weise gewählt worden sei, und die sich das Recht angeeignet, die Entwicklung des religiösen Lebens zu beengen. Die liberalen Protestanten werden sich freiwillig weber die Namen noch die Rechte von reformirten Protestanten entreißen lassen, welche ihnen ihre Väter, die Hugonotten, überliefert haben. Diese Herren fügten hinzu, daß sie keine neuen Wahlen vornehmen würden, damit sie nicht, wie die früheren, für null und nichtig erklärt würden. Der Minister antwortete, daß er den Ernst einer solchen Lage nicht verkenne; erst kürzlich vom Marischall Mac Mahon in das Kabinett berufen, habe er die Frage und deren Konsequenzen noch nicht genau prüfen können. Er titte daher die Vertreter der liberalen protestantischen Kirche, ihm eine Denkschrift einzureichen, in welcher die verschiedenen Seiten der Frage, die Forderungen, die sie darböte, und zugleich die Wünsche des liberalen Protestantismus dargelegt seien. Die Regierung sei von den wohlwollendsten Gefinnungen den liberalen Protestanten gegenüber befeelt; er verhehle sich nicht, daß die Ansprüche der orthodoxen Protestanten groß seien, aber die Regierung sei da, um als Puffer zu dienen und die Stöße zu mildern, welche zu heftigblütigen Gegnern, deren Versöhnung er wünscht, sich gegenseitig betreiben wollten. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß er ein erklärter Feind einer jeden Verfolgung sei, daß er sich vor jeder strengen Maßregel hüten werde und daß er es für seine Pflicht halte, den Eindruck, welchen die Zusammenkunft auf ihn gemacht, im Ministerrath wiederzugeben. Nach der Audienz beauftragte die Vertreter der liberalen Protestanten den Professor Salabert mit der Anfertigung der Denkschrift. Die drei Forderungen, welche er darin bespricht, sind folgende: 1) den liberalen Protestanten die Autorität der allgemeinen Synode durch die Gewalt aufzwingen, indem man ihre Pastoren absetzt und ihre Tempel schließt; 2) die liberalen Protestanten als eine Sekte betrachten, die sich die Anerkennung vom Staate verschaffen muß; 3) eine gerechte Vertheilung zwischen den zwei Haupttheilen der reformirten Kirche vornehmen. Salabert beantragte diese letztere Lösung. In der Unterredung der liberalen Protestanten mit dem Minister schien letztere nicht abgeneigt zu sein, sich für die Anerkennung von zwei Zweigen der reformirten Kirche auszusprechen, von welchen der eine unter der allgemeinen Synode stehen und der andere von dieser unabhängig sein würde. Ein festes Versprechen gab der Minister aber nicht, und da die orthodoxen Protestanten sehr mächtig sind, so ist immerhin zweifelhaft, ob der Streit auf eine so gerechte Weise gelöst werden wird.

Der „Moniteur“, welcher jetzt die Eingebungen des Herzogs Decazes bringt, seit sich dieser mit der „Presse“ entzweite, enthält folgende Note:

„Die offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sind heute äußerst befriedigend. Man schickt in Berlin, so glauben wir, die lokale und friedliche Politik des versäulten Kabinetts, die nicht allein den Wünschen und Bedürfnissen der französischen Nation entspricht, sondern auch von den Großmächten ermuntert und unterstützt wird, welche der Aufrechterhaltung und Befestigung des Friedens eben so ergeben sind wie wir selbst. In einem Artikel über die Konvention betreffs der Festsetzung der Grenzen der bischöflichen Sitze, zu welcher die Einverleibung von Elsaß-Lothringen

Anlaß gab, läßt die Berliner „Provinzial-Korrespondenz“ der Haltung des versäulten Kabinetts ihre volle Anerkennung zu Theil werden. Wir können hinzufügen, daß es diese spezielle Frage nicht allein war, bei welcher die deutsche Regierung die Gelegenheit hatte, das treue Festhalten Frankreichs an den von ihm unterzeichneten Verträgen zu konstatiren. Deshalb glauben wir, nicht zu weit zu gehen, wenn wir sagen, daß die Unruhen, welche betreffs der Aufrechterhaltung des Friedens seit einem Jahre verbreitet waren, zerstreut sind und daß die öffentliche Meinung darüber erfreut ist.

Diese Versicherungen erregen, weil sie so urplötzlich kommen, einiges Aufsehen, und man glaubt daher allgemein, daß die obige Note nur vom Stapel gelassen wurde, weil im Augenblick im Reichstag die Militärfrage auf der Tagesordnung steht.

Folgendes sind dem „Mon. univ.“ zufolge die Punkte, in denen der Kriegsminister General de Cisey mit dem Berichterstatter über das Cadresgesetz, General von Charanton, nicht übereinstimmt; Herr von Cisey ist entschieden gegen die Bildung von Bataillonen mit vier Kompagnien, wie sie gegenwärtig in allen europäischen Armeen eingeführt sind; er wünscht ferner die Beibehaltung des zweiten Eskadrons in den Kavallerie-Regimentern, das Verbleiben der Pontonniers bei der Artillerie, während die Kommission sie in zwei Hälften theilen und die eine Hälfte an das Genie abgeben will; er wünscht die Bildung eines vierten Genteregiments und ist gegen die Einführung von Sappeur-Bataillonen bei den Armeecorps, endlich will er die Landwehr nach Bataillonen und nicht, wie der General von Charanton vorschlägt, nach Regimentern organisiren.

Aus Loui, 12. November, wird der „Korr. Havas“ berichtet: Während der feindlichen Okkupation hatte ein hiesiger Bürger Freundschaft mit einem deutschen Offizier geschlossen, die auch noch fortwauerte, als die Okkupation zu Ende war. Vergangene Woche kam der betreffende Fremde hierher auf Besuch und hatte sich der freundlichsten Aufnahme zu erfreuen. Montag Abend gaben sich aber einige Ladjungelchen, aufragirte Schreiber und sonstiges Gesindel ejusdem farinae zusammen, um dem Bürger die dem Fremden gewährte Gastfreundschaft zu verleißen, und benahmen sich wie betrunkenes Gesindel. Die Polizei schritt ein und diese „Patrioten“, die einen sauberen Begriff von den gewöhnlichsten Anstandsformen zu haben scheinen, wurden von der Polizei zuammengerafft und auf die Wache gebracht. Der gebildete Theil der Bevölkerung mißbilligte in energischer Weise das Betragen dieser Jünglinge, die schließlich vom Polizeirichter zu einer Geldbuße verurtheilt wurden.

Spanien.

Madrid, 13. Nov. Das Oberkommando der Armee befindet sich noch in Trun. Gestern wurden die Karlisten von der Anhöhe St. Marcial weggejagt, kehrten aber Abends wieder zurück. Heute wurden hier Vorräthe von Brod und Wein befest. Der Vorrath nach Urdax ist beforstehend. Bei den Karlisten herrscht große Demoralisation. Die madridrer Regierung will unter dem Vorwande, daß die Ebrolinie bedroht sei, den Fortgang der Operation hemmen. Laferna geht nach dem Ebro ab.

Italien.

Rom, 13. November. Die Angelegenheit der vielbesprochenen pekuniären Unterstützung Garibaldi's macht trotz der Wahlen viel von sich reden und zwar in Folge des Bekanntwerdens nachstehenden Briefes, den Garibaldi aus Caprera vom 2. Nov. an Dr. Riboli richtete:

„Man muß sich in seine Lage schiden“, das ist der Grundsatz, dem gemäß ich gelebt habe von dem Tage an, als in Amerika die Knechtschaft, welche ich trug, mein einziges Reichthum war bis zu der Zeit, als ich mich als Diktator beider Sicilien in Caferta befand. Ich verlanqe daher nichts und am allerwenigsten eine Subskription zu meinen Gunsten. Als die Geschäftsnot meiner Kinder den Zeitungen Anlaß gab, zu erwähnen, daß ich arm bin, kam Herr Rosi in Tarent auf die Idee, mir eine Geldsumme anzubieten und ich nahm das Anerbieten an. Das Geld kam aber nicht. Herr John Anderson von Newyork schickte mir dagegen ohne vorgängige Anzeige einen Wechsel von 5000 £ in Gold. Ich nehme also keine Subskription an und bleibe stets Euer

G. Garibaldi.

Da besonders von radikaler Seite vielfach Zweifel darüber ausgebrochen wurde, ob die Regierung Garibaldi in Wahrheit in geet-

neten Weise Unterstüzungen habe anbieten lassen, so fühlte Garibaldi's ehemaliger Generalsstabschef Fabrice sich gezwungen, in einem Schreiben an die „Sentinella Garibaldina“ folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Es ist nicht wahr, daß die italienische Regierung nie an den General Garibaldi gedacht hätte. Sie hat ihn sowohl im Jahre 1860 als nach dem Feldzuge von 1866 erucht, sich mit dem höchsten Grade und mit der entsprechenden Befolzung in den Armeelisten fortzuführen zu lassen. Ich selbst als Generalsstabschef des Freiwilligenkorps war beauftragt, ihm das Anerbieten zu stellen und er sollte durch die Annahme desselben zu keiner Dienstleistung verpflichtet sein. Außerdem beauftragte mich der damalige Kriegsminister, General Eugia, dem General Garibaldi einen hohen Grad des Ordens „Savoyen“, mit dem ein ansehnliches Einkommen verbunden ist, anzubieten. Wie ich aber voraussah, dankte der General für das Eine wie für das Andere.“

Das Ergebnis der Parlamentswahlen war in Rom bis zum 11. d. zwar nur zum Theil bekannt, dennoch aber läßt sich mit ziemlicher Sicherheit auf das allgemeine Endergebnis schließen. In 237 Wahlkreisen haben definitive Wahlen statt gefunden, während in 202 anderen Collegien nächsten Sonntag ballotirt werden muß. Von jenen 237 Wahlen fielen 86 auf Kandidaten der Rechten, 14 auf Kandidaten des rechten Centrum, 35 auf Kandidaten des Centrum, 26 auf Kandidaten des linken Centrum, 67 auf Kandidaten der Linken und 7 auf Männer, deren Parteistellung noch nicht mit Sicherheit angegeben werden kann. Demnach wären 135 der definitiven Wahlen zu Gunsten der Gemäßigten-Liberalen und 93 für die Oppositionspartei ausgefallen. Bei den Stichwahlen haben 95 Kandidaten der Gemäßigten-Liberalen und 33 der Opposition die besten Aussichten, gewählt zu werden, während in 71 Wahlkreisen der Ausgang des Wahlkampfes nicht leicht voraus zu bestimmen ist. In einigen Wahlkreisen, namentlich der Provinz Caferta, hat die gemäßigte Partei zwar Einbuße erlitten, in anderen aber, namentlich in den ober- und mittel-italienischen und selbst in einigen Sübprovinzen, ist sie reichlich dafür entschädigt worden.

Ueber die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Spanien wird der „Köln. Ztg.“ aus Rom geschrieben:

Der spanische Botschafter Lorenzana, ein höchst unterrichteter Diplomat, weis nicht mehr, an welchen Heiligen er sich wenden soll, um dem Staatssekretär Kardinal Antonelli zu beweisen, daß es seine Pflicht sei, die Regierung Serrano's in Spanien anuerkennen. Der Kardinal nämlich ist der Meinung, daß die heutige Regierung Spaniens die den spanischen Königen bewilligten Privilegien (von Seiten des heiligen Stuhles) nicht beanspruchen könne, und bleibt bei dieser im Grunde unhaltbaren Ansicht. Selbst Kardinalen geben sich Mühe, die vom Botschafter Lorenzana geltend gemachten Gründe zu unterstützen. Doch der Kardinal-Staatssekretär verschaut sich bisher hinter sein „non possumus“, und sollte er nicht zur Einsicht gelangen, so dürfte es nicht lange währen, daß sich Spanien beim heiligen Stuhle durch einen einfachen Priester, statt durch einen Botschafter vertreten lassen wird. Dies aber ist es, was Italiens Regierung wünscht. Denn wenn dem Botschafter Lorenzana der Faden der Gebuld durch den Widerstand, den er im Vatikan findet, durchschnitten wird, so packt er seine Koffer und geht dahin, woher er gekommen, und Spanien wird vorerst beim heiligen Stuhle durch keinen Diplomaten mehr vertreten. Dann aber ist das Eis gebrochen und an Nachahmern des Beispiels wird es nicht fehlen. Die Abberufung des offiziellen Agenten Großbritanniens, Herrn Jerboise, ist ohnedies eine Thatsache. Der Gesandte der Republik San Salvador, Marichele de Lorenzana, überreichte am 3. d. im Vatikan seine Abberufungsschreiben. Dieselben sind sehr kalt abgefaßt. Der Präsident sagt: „Seine Regierung habe keine politischen Angelegenheiten mehr mit dem heiligen Vater zu verhandeln, und zugleich danke er für die wohlwollende Aufnahme, welche der Gesandte der Republik beim Papste gefunden.“ Der in England residirende Gesandte von Guatemala erhielt vor seiner Regierung den Auftrag, mit dem heiligen Stuhle mehrere kirchliche Angelegenheiten zu ordnen. Er kam nach Rom, sah aber bald, daß er nichts ausrichten werde, und kehrte sehr mißvergnügt über die Schwierigkeiten, die er bei dem Kardinal Antonelli fand, nach London zurück. Es ist ein eigenes Mißgeschick, daß der Staatssekretär des Papstes es so gut versteht, seinen Herrn und Gebieter zu isoliren. Denn alles, was man seit der Ernennung des Kardinals zum Staatssekretär in dessen politischer Führung der Angelegenheiten gesehen hat, kann glauben machen, daß die Isolierung Pius' IX. dessen Hauptbestreben und Ziel sei.

Die Unkosten der Kolonisationen, um auch dieses Umstandes zu gedenken, waren nicht gering; so gab Friedrich Wilhelm, der Gründer der lithauischen Städte Gumbinnen, Ragnit, Stallupönen, Pillkallen, Darkehmen, Werder, Kaufhemen und von 332 neuen Dörfern, 24 Wassermühlen, 11 Kirchen, 49 Domainenämter in 6 Jahren für diesen Landstrich 6,000,000 Thaler hin von einer jährlichen Staatsrevenue von 7,400,000 Thaler, und Friedrich der Große verwendete nach den Angaben Herzbergs auf Westpreußen allein 6,686,225 Thlr. In Betracht zu ziehen sind die indirekten Beisteuern durch Kollekten, Zusendungen von Kleidern und Lebensmitteln oft aus den fernsten Gegenden. Für die Salzburger gingen aus England 280,227 Gulden, aus Holland ebenso 401,928 Gulden ein, selbst Asien sandte 20 Gulden, die durch einen Wechsel über Venedig angewiesen wurden. Viele Kolonisten brachten Geld und Gut ins Land. So soll jede Familie der Refugiés durchschnittlich 200 Thlr. mitgebracht haben, und das zurückgelassene Vermögen der Salzburger, das ihnen allmählig durch Vermittelung und Intervention der Regierung zum Theil ausgeliefert wurde, wird auf 2½ Million Thaler ausgegeben. Das Vermögen, welches die Kolonisten Friedrichs des Großen mitgebracht, läßt sich im Minimum auf 2,097,601 Thlr., 150 Dukaten, 22,440 Gulden, 1670 Groschen baar und auf 6392 Pferde, 7875 Stück Rindvieh, 3227 Schweine und 20547 Schafe berechnen. So stellen sich im Ganzen nicht unbedeutende Summen heraus, die sich natürlich für jegige Verhältnisse um das drei- bis vierfache vergrößern.

Aber den größten Nutzen gewährten die Kolonisten natürlich und dafür wollen wir ein Beispiel geben an einer Schilderung Berlins zur Zeit des großen Kurfürsten. Die Residenz bestand aus den Städten Berlin und Alt-Köln, die Vorstädte waren 1640 und 1641 niedergebrannt; jenes hatte 800 Häuser, von denen 200 nicht bewohnt waren. Dieses 500, aber 150 standen leer; die Giebel nach der Straße gerichtet, und meist aus Holz gebaut, glichen sie eher Hütten als Wohnhäusern; die Straßen waren ungepflastert, also bei schlechtem Wetter,

woran Berlin nie Mangel hat, unpflastert; dieser Schmutz wurde noch dadurch vermehrt, daß die Dünghaufen auf der Straße lagen und die Schweinehülle vor der Thüre standen; in der Mitte der Straßen waren die Ziehbrunnen und die Brücken waren so schlecht, daß sie zu Wagen nur mit Lebensgefahr passirt werden konnten. Bis zum Jahre 1679 konnte der Kurfürst wegen der Kriegenunruhen nur wenig für die Verschönerung der Stadt thun, und die Einwanderung der Refugiés war auch nicht geeignet, wenigstens zu Anfang nicht, dieselbe zu erhöhen. Da die Wohnungen bei der großen Zahl der Einwanderer nicht ausreichten, ungeachtet sich oft vier Familien in eine Wohnung zusammenfropften, die heutigen Tages kaum einer die nothwendige Bequemlichkeit bieten würde, so mußte überall gebaut werden, was gewiß nicht geeignet war, den unangenehmen Eindruck, den die Stadt auf den Fremden machen mußte, zu vermindern; ebenso wenig konnten es die Kramläden, die in jeder Nische des Schlosses sich etablirten, und die zahlreichen Schuppen in den Straßen. Ueberall wurden den Refugiés Baustellen angewiesen, überall wuchsen die Häuser aus der Erde, besonders auf der Dorotheenstadt, denn hier wohnte die französische vornehme Welt, und bei den Refugiés hieß sie „le quartier des Nobles.“

Und die Franzosen sind Berliner und gute Deutsche geworden: alle Schwierigkeiten der Kolonisationen, verschiedene Sprache, Sitte, Rechte sind längst überwunden, die innere Einheit des Staates ist längst gesichert und wir ernten den Lohn der Mühen, die einst unsere Väter getragen.

Hiermit soll die Lektüre des Werks, dem wir die alten Geschichten nachgerzählt haben, bestens empfohlen sein. Für uns, die wir selbst gemüthreichen Kolonisten sind, haben die „Schonzoollernschen Kolonisationen“ ein doppeltes Interesse.

* Eine Sensationszene auf dem Parquetboden. Die „Trib.“ erzählt aus Berlin: Zum ersten Male in dieser Saison öffneten sich die Gesellschaftsräume des schen Hauses unter den Linden; die glanzvollen Räume erstrahlten in einem Lichtmeer — der reiche Besucher konnte das, denn er gehörte zu den Wenigen, welche aus dem allgemeinen Börsenrausch — und gerade durch ihn, als Millionär hervor-gegangen waren. Vor dem Hause standen eine Zahl Neugieriger, die reichen Toiletten der aus glänzenden Equipagen aussteigenden Geladenen zu bewundern. Im Salon oben empfing die Dame des Hauses die laut Angemeldeten, unter welche bekannte Namen der hohen berli-

ner Aristokratie erklangen, die es heut nicht mehr verschmäht, die Gesellschaft der Börsianer aufzusuchen, seitdem Gefürstete mit vielen Cour-pagne Geschäfte machen. Herr Kommerzienrath, der wohl nicht mehr lange auf den Geheimen zu warten hat, war noch nicht anwesend und hatte es seiner Gattin überlassen, die Honneurs des Hauses zu machen, und Madame verstand dies mit feiner Tournüre, nichts als höchstens ein etwas schnarrendes K. verrieth deren Verlust aus einem kleinen posener Städtchen. Hinter den schweren Gardinen, in einer Fensternische, lag ein Herr allein im einfachen schwarzen Frack mit weißer Kravatte, dessen dünne, lang ausgestreckte Beine sehr wenig mit dem kurzen Oberkörper harmonirten, dessen rechte Schulter etwas aus-wüchsig war; ein schwarz und weiß melirter Bart umsäumte zolllang sein Gesicht, welches nicht unschön gemessen wäre, hätte es nicht unfrüher umherirrende Augen gehabt. Dieser Mann wurde plötzlich sehr blaß, der Name eines eben Angemeldeten hatte ihm das Blut aus den Wangen getrieben. — Wie kam der Fremde in diese Gesellschaft? Der Eingetretene war eine hochgewachsene Figur, das Kitterliche in seinem Aeußern wurde noch mehr gehoben durch die Anzahl fremdbildlicher Züge, die seine breite Brust schmückten. Frau Kommerzienrathin empfing den Angemeldeten mit der tiefsten Verbeugung, welche ihr ziemliches Embonpoint nur zuließ, und beeilte sich, ihn den Anwesenden vorzustellen; plötzlich, nachdem sie sich suchend umgesehen, wandte sie sich an den Herrn in der Fensternische, diesen dem Fremden als ihren Bruder vorstellend. Ein Kreis von Geladenen umgab die drei Personen. Die Frau Kommerzienrathin erschrak über das todtenbleiche Gesicht ihres Bruders und suchte den Grund desselben in dem Gesichtsausdruck des Fremden. Dieser, der erst erkannt, dann aber in höchster Entrüstung sein Gegenüber von Kopf bis zu den Füßen gemessen, ließ nicht lange auf seine Erklärung warten. „Madame!“ sagte er, „wenn dies Ihr Bruder ist, kann ich Ihr Gast nicht nicht sein, denn mit diesem Manne möchte ich nicht eine Minute unter einem Dache leben; ich verhehle Ihnen den Grund nicht. Vor einigen Tagen hier erst angekommen, machte ich ohne Schuld und auf eine nicht wiederzugebende Weise die Bekanntheit raffinirter Bauernfänger, die mein Portfeuille um 10,000 Thlr. erleichterten; zu spät gewahrte ich in den glänzenden Räumen, wohin ich verlockt wurde, daß ich es mit falschen Spielern zu thun hatte. Dieser Mann, den Sie Bruder nennen, war der Mörder derselben.“ Die Frau Kommerzienrathin sank ohnmächtig in einen Sessel; der Fremde entfernte sich und nach und nach auch die Gesellschaft. — Undurchdringliches Dunkel herrschte um 10 Uhr in den noch vor einer Stunde brillant erleuchteten Gemächern.

* Die Locke von Bürger's Moll, welche Adolf Strodtmann demjenigen überlassen wollte, welcher das höchste Gebot für dieselbe zum Besten der noch lebenden Angehörigen des verstorbenen Sängers machen werde, hat ein dortmunder Herr für den Preis von 100 Mark erstanden. (Ftbl.)

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 16. November.

Dem „Wiarns“ geht, wie er sagt, aus guter Quelle die interessante Mitteilung zu, daß der Papst zur Beilegung des kirchenpolitischen Kampfes in unserer Provinz zwei Delegaten ernannt und dieselben der Regierung zur Befähigung vorgestellt hat, damit sie im Namen der römischen Kurie die beiden Erzdiözesen verwalten. Derselbe Korrespondent meldet ferner im Gegensatz zu dem Dementi des „Kurier Boznanst“, daß es keinem Zweifel unterliege, daß das Domkapitel, welches dem „Kurier“ zufolge ein „Nichts“ ist, bei dem Papst nur die Erlaubnis für die Geistlichen, mit den königl. Kommissarien in amtlichen Verkehr treten zu dürfen, nachgesucht habe.

Der „Kurier Boznanst“ schreibt: „Die Regierung sucht auf jede Weise herauszubekommen, wer in beiden Erzdiözesen die Funktionen von apostolischen Delegaten ausübt und bedient sich hierbei des gerichtlichen Weges. So ist im Gnesener der Dekan Tomaszewski, welcher bereits in Trzemeszno einen Monat Gefängnis abgeübt hat, weil er sich weigerte, den Delegaten namhaft zu machen, von Neuem zu einem halben Jahre Gefängnis in derselben Angelegenheit und aus demselben Grunde verurteilt worden. In Posen hat man, da die Hausdurchsuchungen bei den fünf Domherren kein Resultat ergaben, einige Dekane vorgeladen, um sie zu vernehmen, ob sie von dem unmöglichen Delegaten Verfügungen erhalten haben. Es eröffnet sich also ein neues Feld von Kummer und Widerwärtigkeiten. Wir wundern uns über nichts, sondern bestärken uns in dem Entschluß auf allen Punkten auszuweichen, wenn wir auch schwer büßen sollten. Als Beispiel dienen uns der Erzbischof, der Weihbischof Janiszewski, zwei Domherren, die Dekane Niemcewicz und Tomaszewski, so wie viele junge Priester. Was sie thun konnten, das können auch alle Laien und Geistliche thun.“ Wie aus dem zweiten Theile des obigen Artikels erhellt, scheint die geheime Diözesanbehörde zu befürchten, daß die vorgeladenen Dekane weniger mährerlich sein und bei ihren Vernehmungen die gewünschten Aufschlüsse geben könnten. Deswegen wird ihnen das Beispiel ihrer Vorgesetzten und Amtsbrüder vorgehalten, um sie für das gleiche „Märtyrertum“ einzunehmen. Wie übrigens ein posener Korrespondent des „Krauer“ „Gaz“ wissen will, hat die Regierung, um den apostolischen Delegaten zu ermitteln, noch ein anderes Mittel ergriffen. Sie soll den Distriktskommissaren den Befehl haben zukommen lassen, über jede Ehe unter Verwandten zu berichten. Auf Grund solcher Mittheilungen finden bei den Pfarrern, welche die Verurtheilten getraut haben, Hausdurchsuchungen statt, um bei ihnen die kirchliche Dispensation und auf derselben die Unterschrift des Delegaten zu finden. Wie der Korrespondent mittheilt, sollen die bisher vorgenommenen Hausdurchsuchungen zu dem erwünschten Resultat nicht geführt haben.

Wie früher Zeit mitgeteilt worden, ist gegen den Kaplan an der Korrekptionsanstalt in Kosten, Frankenberg, die Disziplinarrückführung eingeleitet worden. In dieser Angelegenheit fand am Sonntagabend vor dem hiesigen Regierungskollegium, welches aus dem Herrn Oberpräsidenten Günther, 17 Regierungsräthen und dem Assessor Bitter bestand, welcher letzterer als öffentlicher Ankläger fungierte, die mündliche Verhandlung statt. Die Anklage enthielt dem „Kurier Boz.“ zufolge folgende 4 Punkte: 1) die Unterschreift des Angeklagten unter die Adresse der Geistlichkeit des Dekans Kosten an das Metropolitan-Kapitel in Posen, 2) feindselige Äußerungen über die Politik in den Jahren 1866 und 1871, 3) Verweigerung von Ehrenbezeugungen dem Prospekt in Kosten und 4) Vorenthaltung der Absolution eines der Gefängnisgefangenen. Der Angeklagte war zu dem Termine erschienen und verteidigte sich selbst. Der Disziplinarrichter erkannte nach längerer Beratung auf die Amtsentsetzung des Angeklagten.

In dem Prozesse gegen den Dekan Rejzowski aus Jaro, ein wegen Verklündigung des großen Bannes gegen den Prospekt Rubczak steht am 20. d. vor der Kriminalabtheilung des Kreisgerichts in Schrimm der Termin zur mündlichen Verhandlung an. Als Belastungsmittel soll auch Prospekt Rubczak erscheinen. Herr Rejzowski, welcher bekanntlich wegen verweigerter Herausgabe der Kirchenbücher von Wloclawski in Posen inhaftiert ist, wird sich zu dem Termine nicht stellen.

Die Einschätzungen zur Klassensteuer, welche gegenwärtig in den einzelnen Distrikten, in welche die Stadt zu diesem Behufe getheilt ist, durch Kommissionen erfolgen, ergeben bisweilen recht merkwürdige Resultate. So z. B. ist konstatiert worden, daß der Hausnecht eines der ersten hiesigen Hotels ein Einkommen von mindestens 1000 Thaler jährlich hat. Einer seiner Vorgänger „im Amte“ soll seiner Tochter bei der Verheirathung als Mitgift 8000 Thlr. mitgegeben haben. Eine adlige Dame, welche in der Oberstadt eine Wohnung für 400 Thlr. bewohnt und drei Diensthofen hält, war bisher zur städtischen Einkommensteuer nur von einem Einkommen von 400 Thlrn. herangezogen, indem sie angegeben hatte sie lebe von den Zinsen eines Vermögens von 8000 Thlrn. Da man nun doch offenbar von einem Einkommen von 400 Thlr. nicht 400 Thlr. Miethe zahlen und drei Diensthofen halten kann, so ist jene adlige Dame von der Kommission „hoch genommen“ und in die Anzahl derjenigen verlegt worden, welche über 1000 Thlr. Einkommen haben und demnach klassifizirte Einkommensteuer zahlen. Dagegen sind viele Gewerbetreibende, die bisher entlassen zu hoch zur Einkommensteuer herangezogen waren, ganz besonders mit Rücksicht auf die gedrückten Zeiten von einem geringeren Einkommen zur Klassensteuer veranlagt worden.

Der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft ist durch das kgl. Eisenbahn-Commissariat in Berlin mit Zustimmung der Regierung in Bromberg die Genehmigung zur Eröffnung von Arbeitszügen mittels Lokomotiven von Gnesen bis zur Breschener Kreisgrenze erteilt worden.

Diebstähle. Einer Dachdeckerfrau aus Schwerzen wurden am 13. d. M. auf dem hiesigen Markte 8 Thlr. aus der Kleiderkassette entwendet. Am 11. d. M. wurden dem Rittersgutsbesitzer D. zu Targowa-Gorka mittelst Einbruchs gestohlen: ein aus 4 Schließen edler Perlen bestehendes Halsband mit goldenem Schloß, verziert mit blauen Türkisen; drei sternförmige goldene Manschettenknöpfe, jeder mit 5 Türkisen und in der Mitte mit einem kleinen Diamanten; eine ameischnürliche Granatkette mit Granatschloß und dazu gehörigen Ohrgehänge; ein Armband aus Zell mit 6 in Gold gefaßten Medaillons; eine kleine goldene Brosche mit Granaten; eine Haarnadel aus Schilppatt, Vermaillet und Gold in Schmetterlingsform, ein goldener Ohrring und diverse andere Schmuckstücke.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 16. November. [Schwurgericht. Diebstahl.] Heute Vormittag 9 Uhr wurde die sechste, vorletzte, diesjährige Schwurgerichts-Periode durch den Vorsitzenden, Appellations-Gerichtsrath Schmieden, eröffnet. Zur Verhandlung kam zunächst die Sache wider den Bittbittgesellen Johann Nowakowski aus

Koszen, welcher des schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle angeklagt ist. Dem Kaufmann Julius Jacobi zu Koszen wurden Anfangs Februar d. J. verschiedene Wäsche- und Kleidungsgegenstände aus seinem auf dem Hofe befindlichen, stets verschlossenen Speichergebäude entwendet. Das Schloß zeigte nicht die geringste Verletzung der Dieb war daher aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Fensteröffnung, welche sich neben der Speichertür befand, in das Gebäude gelangt. Bei näherer Besichtigung fand man dann auch, daß der Fensterrahmen — eine Scheibe enthielt das Fenster nicht — herausgenommen war und innerhalb des Speichers auf der Erde lag. Außerdem waren unter dem Fenster sowohl im Innern des Speichers, wie außerhalb Spuren von Mannstiefeln herführend, sichtbar.

Nachdem man längere Zeit hindurch dem Diebe nicht auf die Spur kommen konnte, lenkte sich im Mai d. J. der Verdacht der Thaterschaft auf den Bittbittgesellen Johann Nowakowski, welcher damals bei dem Bittbittmeister Zwinski in Koszen in Arbeit stand und dicht neben Jacobi wohnte. Jacobi sah nämlich eines Tages im Mai d. J. die Thaterfrau Josepha Nowakowa an seinem Hause mit einem Umhangsgegenstande vorübergehen, welcher es sofort als ihm gestohlenen erkannt wurde. Die Nowakowa gab an, das Umhangsgegenstand sowohl wie ein Paar Beinkleider, welche Jacobi ebenfalls bei seiner Befristung als die feignen wiedererkannt, von dem Nowakowski als Pfand für ein diesem gegebenes Darlehen erhalten zu haben. Da Nowakowski über den Erwerb der Sachen zur Rede gestellt, sich in verschiedene Widersprüche verwickelte, so wurde er verhaftet.

In der heutigen Verhandlung leugnet August Nowakowski, welcher übrigens, obwohl er kaum 21 Jahre alt ist, bereits vor zwei Jahren wegen schweren Diebstahls mit 1½ Jahren Zuchthaus bestraft worden ist, die Verübung des in Rede stehenden Diebstahls; er will vielmehr die Sachen von einer gewissen Vertha Gläsemann erhalten haben. Da diese im heutigen Termine nicht erschienen war, weil sie Koszen verlassen und ihr, da ihr jetziger Wohnort unbekannt war, die Vorladung nicht befolgt werden konnte, so beschloß der Gerichtshof, da eine Konfrontation der Gläsemann mit dem Angeklagten durchaus erforderlich sei, die Sache zu vertagen, die Gläsemann nach Ermittlung ihres Wohnortes zu dem neuen Termin zu laden und die Sache womöglich noch am Schlusse dieser Periode wieder zur Verhandlung zu bringen.

Ebenfalls Diebstahl ist der Gegenstand der zweiten, heute verhandelten Angelegenheit. In der Nacht vom 26. zum 27. März d. J. hörte der Nachwächter des Gutsbesitzer Berend zu Budzyn, Vincent Gumprecht auf dem Hofe des Gutes in einer zu demselben gehörigen Scheuer ein verdächtiges Geräusch. Im Laufe des Tages waren Erbsen ausgedroschen und diese auf die Tenne der Scheuer gelegt worden. Da Gumprecht die Anwesenheit von Dieben in der Scheuer vermutete, so wachte er schloßmäßig den herrschaftlichen Post Thamm und einige Dienstmädchen. Die Scheuer wurde nunmehr umstellt und Thamm öfnete mit Gumprecht die Tenne der Scheuer, der Verschluss war vollkommen unverletzt. Bei näherer Besichtigung bemerkte man, daß die auf der Tenne liegenden Erbsen, welche nach Verbringung des Dreifaches am Abend vorher die ganze Scheuerwand entlang zusammengescharrt worden waren, jetzt an dem einen Ende der Scheuer zu einem Haufen zusammengescharrt dalagen; in dem Haufen selbst steckte eine sonst gewöhnlich im Hofen der Scheuer liegende Wurfscheffel. Gumprecht und Thamm untersuchten nunmehr beim Schein einer Stalllaterne die Scheuer einer genaueren Durchsuchung. Bald fand auch Gumprecht im Hofen im Erbsenstroh versteckt, die Arbeiter Stanislaus Dies und Martin Dminial aus Koszow. Dieselben, bei dem Gutsbesitzer Berend als Drescher in Diensten, hatten auch am vorhergehenden Abend auf der Tenne mit Anderen zusammen gedroschen. Dies und Dminial stellten sich Weide, als ob sie schliefen und nahmen, nachdem sie den Gumprecht aufgestellt und aus der Scheuer in den Hof gebracht worden waren, Gang und Haltung von Betrunknen an. Als aber inzwischen der hienon benachrichtigte Gutsbesitzer Berend hinzugekommen war und die Beiden nach Hause entließ, taumelten sie nicht mehr, sondern gingen in gerader Haltung schnurstracks ihrer Wohnung zu. Uebrigens hatte Gumprecht ungefähr eine Stunde vorher, ehe er sie in der Scheuer ergriff, die Beiden auf der Hofstraße getroffen, sich mit ihnen unterhalten und dabei nicht im Geringsten bemerkt, daß sie betrunken gewesen wären.

In der heutigen Verhandlung bekennen sich der bis jetzt noch nicht bestrafte Stanislaus Dies und der bereits drei Mal wegen Diebstahls, das letzte Mal mit 6 Monaten Gefängnis bestrafte Martin Dminial des ihnen zur Last gelegten versuchten Diebstahls schuldig. Sie waren durch ein in der Scheuerwand der Scheuer befindliches gewöhnliches Loch in das Innere derselben gelangt, nachdem sie vorher einige vor der Doffung befindliche Bretter mit Gewalt von der Wand losgerissen und bei Seite geschoben hatten. Das hatte nur auf Zurecht des Dminial an dem Erbsendreschloß Thamm genommen. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde gegen ihn eine lebensmonatliche Gefängnisstrafe und einjähriger Ehrverlust, gegen Dminial anderthalbjährige Zuchthausstrafe und zwei Jahre Ehrverlust beantragt. Dem Dies waren von den Geschworenen mildernde Umstände zugestanden worden. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, gegen Dminial auf einjährige Zuchthausstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr, sprach auch bei Letzterem die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht aus.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

H Die neue Oper „Cesario“, deren Libretto nach dem Schaefer'schen Lustspiel: „Was Ihr wollt“, von Emil Taubert, dem Sohne des bekannten Komponisten Wilhelm Taubert, entworfen und von Letzterem in Musik gesetzt wurde, ging am Freitag Abend im Berliner Opernhause zum ersten Male in Scene. Eine sehr umfangreiche Kritik Das Gumprecht's (Nat.-Btg.) über diese Novität spricht sich nicht allzu günstig über die Partitur aus, die an der geschwollenen Gefühllichkeit landläufiger Lyrik laboriren soll. Gumprecht meint sehr richtig, daß es überhaupt ein böses Ding sei, an die musikalische Vergewaltigung Schaefer'scher Lustspiele heranzugehen, wenn man nicht eben ein Komponist vom Schlage eines Mozart sei. In der gesungenen Opernliteratur existire nur ein Fall, wo ein begabter Dichter von einem unberg eichlich höher begabten Musiker übertrumpft worden sei: in Figaro's Hochzeit, wo die Mozart'sche Musik über die Beaumarchais'sche Dichtung vollkommen triumphire. Das Berliner Publikum, welchem gleich manchem anderen ein allzu scharfes Urtheil über das, was musikalisch werthvoll ist oder nicht, nur mit Unrecht nachzurufen wäre, vertheilt sich der Novität gegenüber sehr warm. Unbegrenzte Dankbarkeit gebührt eben — wie Gumprecht am Schlusse seiner Kritik recht zurecht bemerkt — zu den schönsten Dingen, welche das Publikum vor der Kritik voraus hat.

Vermischtes.

* Ein Sturm, der bewiesen werden muß. In Pest verursachte ein heftiger Sturm am 29. Juli dieses Jahres viel Schaden, nahm unter Andern auch die Gebäude des Militärarsenals in arger Weise mit. Das öfterer Generalkommando verlangte demzufolge von dem gemeinsamen Kriegsministerium eine Anweisung auf die zur Reparatur nöthigen Geldsummen. Die Antwort des Kriegsministeriums lautete jedoch dahin, daß öfterer Generalkommando möge es sich vorerst behelfen, die Gebäude zu erhalten, daß am 29. Juli in Budapest wirklich ein Sturm von solcher Heftigkeit wüthete, daß die arabischen Gebäude durch denselben beschädigt wurden. Das öfterer Generalkommando wendete sich zur Erlangung eines solchen Zeugnisses an den Magistrat. Derselbe erklärte jedoch mit Bedauern, die gewünschte Befestigung nicht erteilen zu können, da dem Magistrat keine Organe zur Verfügung ständen, welche von Amtswegen die Stürme und deren Intensität aufzuzeichnen und in Evidenz zu halten hätten. Es wird indessen dem Generalkommando der Rath erteilt, sich wegen Erlangung der gewünschten Befestigung an das königliche ungarische

meteorologische Institut wenden zu wollen. — Wünschen wir, daß das unglückliche Kommando bei den Wächtern des Himmels endlich die wohl verdiente Beruhigung finde!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 16. November. Im Reichstag fand die erste Lesung des Bankgesetzes statt. Delbrück rechtfertigte die Vorlage als ein Bedürfnis angesichts der Goldwährung des neuen Münzgesetzes. Die Hauptaufgabe der Regierung bestünde darin, in dem starken Goldmünzenvorrath entsprechenden Weise Kleinmünzen zu beschaffen. Die Goldausprägung betrage 362 Millionen, wovon sich 40 Mill. im Kriegsschatz befinden. Der Gesamtbankvorrath betrage 298 Millionen Thaler. Von dem Reichsbestand sei die Einlösung der zirkulirenden Münzen (30,800,000 Thaler) zu befreien; nach allen Abzügen verbleiben 195 Millionen Thaler Goldmünzen. Im weiteren Verlauf der Rede erwähnte Delbrück das Verlangen der Handelsorgane nach einer Reichsbank und hob hervor, das Reichskanzleramt stehe demselben nicht antipathisch entgegen, vermöge aber die Schwierigkeiten, wegen der dadurch gebotenen Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank nicht zu lösen.

Es war nicht nur die Entschädigung für wohnortveränderte Rechte zu berücksichtigen, sondern auch den Verkehrsgewohnheiten Rechnung zu tragen, was dazu führte, bei dem für nächstes Jahr erforderlichen Gesetze von der Reichsbank abzugehen, ohne die Reichsbank prinzipiell für die Zukunft zu verwerfen. Im Laufe der Debatte plaidirte Bamberger in anderthalbstündiger Rede für die Reichsbank, die für die Münzform unentbehrlich und ohne welche das Bankgesetz unannehmbar sei. Camphausen widerlegte. Bamberger nun noch hervor, Preußen scheine nicht die Verhandlungen über die Reichsbank. Das Gelingen hänge aber davon ab, in wie weit man das Prinzip der indirekten Kontingentzinsen acceptire. Die Kontingentzinsen schädliche zwar das Bankgeschäft, er sei aber nicht dagegen, weil das öffentliche Interesse vorgehe, vor allem seine Vorschläge darüber zu machen, wie die Reichsbank zu gründen und auf Grund solcher werde Preußen verhandeln. Bis dahin sei dem jetzigen Bedürfnis durch die Vorlage genügt. Der Redner ersuchte die Majorität des Hauses sich nicht um einen Namen, sondern um eine Sache zu sammeln. Fortsetzung der Debatte morgen.

Madrid, 16. November. Bazaine wird am Donnerstag erwartet, um hier als einfacher Privatmann zu leben. Die neuerdings wieder auftretende Nachricht, daß er der Regierung seine Dienste angeboten habe, wird abermals von kompetenter Seite als unrichtig bezeichnet.

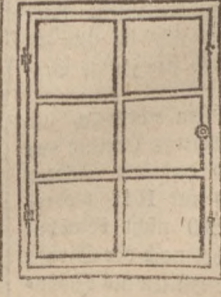
Eingesandt.

Erwiederung auf das „Eingesandt“ der Nr. 796 der Posener Zeitung „Diebstahl-Prämien“ betreffend.

Dem Herrn Einsender muß es in keinem Falle angemessen erscheinen, Prämien für außerordentliche Aufzeichnungen von Staatsbeamten, und in diesem Falle, von denen der Polizeibeamten in Form einer Dotation an dieselben vertheilt zu werden. Wenn wir auch im Allgemeinen dieser Ansicht beipflichten, und nur auf die gegenwärtigen Stimmen im Reichstage bei Vertheilung der Dotationsgelder an unsere hiesigen Generale hinweisen brauchen, so will uns doch die Ansicht des Hrn. Einsenders auf Polizeibeamte angewandt, ebenfalls in keinem Falle angemessen erscheinen.

Der Staat, sagt der Herr Einsender, soll ausnahmsweise Verdienste durch besondere Anerkennungen honoriren. Aus welchen Fonds denn? Bieleicht aus einer Unterabtheilung des Reptilienfonds? Sollen wir jetzt das Prinzip, welches in der guten, alten Zeit, dem sogenannten Denunzianten anheft zu Grunde lag, wieder aufzufrischen? Und fragen wir weiter, wie könne die Polizeibehörde dazu, dem Beamten, welchem zufälligerweise gerade die Angelegenheit, bei welcher es sich um die Prämie handelt, anvertraut wurde, eine Prämie zuerkennen und nicht allen übrigen Beamten der Kriminalpolizei, von denen gewiß Manche eben so tüchtig ist, als derjenige, der mit dieser Sache betraut, die Prämie verdient. Die Thätigkeit der Polizeibeamten und speziell die der Kriminalbeamten, so will es uns scheinen, ist eine im höchsten Grade undankbare. Erstenfalls sie, soweit uns bekannt, keine solche, die besonders gut dotirt wäre, dann aber „Nacht der Welt“ ihm gerade auch keine Krone“ und nur die Anerkennung seiner Verdienste, welche sich in Worten Luft machen kann, ist der einzige Lohn für die rastlosen Bemühungen desjenigen, welcher zugunsten ist, und dies ist wahrlich kein beneidenswerthes Loos, nur mit den Schattenseiten der menschlichen Gesellschaft Bekanntschaft zu machen. Im meisten gilt dies natürlich für die Schlingente, welche, wenn sie 30 Jahre und länger treu dem Staat gedient haben, selten einen anderen Posten, als den des „Ruhepostens“ eines Schutzmannes bekleiden.

Und was nun die Ansicht des Hrn. Einsenders anbelangt, daß durch ausgesetzte Prämien von Seiten des Publikums der Eifer der Kriminalpolizei sich nur auf Dinge erstrecken werde, bei denen es, um es rund heraus zu sagen, „Etwas zu verdienen giebt“, nun wir glauben, daß dies eine vereinzelte Ansicht ist, und daß den Kriminalbeamten, von deren Pflichttreue wir überzeugt sind, die event. Prämie nur als Sporn dienen wird. Die größte Triebfeder des Menschen ist das „Hoffen.“ Scharfnet man ihm dieses ab, so wird bald Apathie eintreten, von der Nichts zu erwarten ist. Und warum soll denn nicht der bestohlene reiche Mann, der durch die Bemühungen Einzelner wieder zu seinem Vermögen gelangt ist, einen geringen Bruchtheil an diejenigen abgeben, welche, wenn ihnen trotz aller Mühe, die Entdeckung des Diebstahls nicht gelangt, von Seiten des Publikums wegen ihrer „Tüchtigkeit“ nur lächelnd bemitleidet werden? Und, brängt es den Bestohlenen sonst noch anderweitig seine Dankbarkeit an wohlthätigen Anhalten und sonstigen Nothbedürfnissen auszulassen, so steht dem ja Nichts im Wege. — Wie uns übrigens scheint, sind die subalternen Polizeibeamten gerade auch keine Millionäre.



Gusseiserne Fenster,
in 1079 Mustern,
offerirt zu Fabrikpreisen
Posen, Breslauerstraße 38.
H. Kling.
(Beilage.)

Bekanntmachung.

Die Anfuhr des Bedarfs an Eis für das Garnison-Lazareth, sowie die Verpackung desselben in den dazu bestimmten Räumen soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Unternehmungslustige wollen ihre Offerten versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens

den 20. d. Mts.,

Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr,

hierher einreichen. Die Bedingungen können im Geschäftslokale des Garnison-Lazareths, Königsstraße 3/5, jederzeit eingesehen werden.

Posen, 16. November 1874.

Königliches Garnison-Lazareth.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeld-Erhebung bei der Hebestelle **Kowanowo**, $\frac{1}{2}$ Meile nördlich von Dornitz auf der Rogasen-Samter'schen Provinzial-Chaussee, soll im Auftrage der künftl. Regierung zu Posen

vom 1. April f. J. ab

auf 1 Jahr unter der Bedingung, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahierenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältnis auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Montag,

den 30. Novbr. d. J.,

Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr,

in meinem Amtsbureau hiersebst anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Pacht- und Kontratsbedingungen während der Dienststunden in dem Bureau eingesehen werden können und jeder Mitbietende vor dem Termine eine Kaution von 100 Thalern baar oder in Staatspapieren nach dem Coursverthe bei der hiesigen Kreis-Kasse zu erlegen hat.

Dornitz, den 13. Novbr. 1874.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Schroda, den 12. Novbr. 1874.
Auf Anordnung der künftl. Regierung in Posen soll die auf der Schroda-Schimmer-Propinzial-Chaussee belegene Hebestelle **Gynawowo**

vom 1. April 1875 ab

auf ein Jahr unter der Bedingung, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahierenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältnis auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird, meißbietend verpachtet werden und ist zu diesem Behufe ein Termin auf

Donnerstag,

den 17. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des hiesigen Landratsamts anberaumt, zu welchem Pachtlustige eingeladen werden. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher eine Kaution von 100 Thalern baar oder in Staatspapieren deponirt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können in der Landratskanzlei während der Dienststunden eingesehen werden.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeld-Erhebung bei der Hebestelle **Gynawowo**, auf der Dornitz-Samter'schen Provinzial-Chaussee, soll im Auftrage der künftl. Regierung zu Posen vom 1. April 1875 ab auf 1 Jahr, unter der Bedingung, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahierenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältnis auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Montag,

den 30. November

b. J. Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr

in meinem Amtsbureau hiersebst anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Pacht- und Kontratsbedingungen während der Dienststunden in meinem Amtsbureau eingesehen werden können und jeder Mitbietende resp. Pächter vor dem Termine eine Pacht-Kaution von 100 Thlr. baar oder in Staatspapieren nach dem Coursverthe bei der hiesigen Kreis-Kasse zu erlegen hat.

Dornitz, den 13. November 1874.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der künftl. Regierung zu Posen, soll die auf der Schrimm-Gzempiner Provinzial-Chaussee belegene Hebestelle **Wraske** vom 1. April 1875 ab auf ein Jahr unter der Bedingung an den Meistbietenden verpachtet werden, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahierenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältnis auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Zu diesem Zwecke habe ich auf

Montag,

den 14. Dezember d. J.,

Vormittags 12 Uhr

in meinem Bureau hiersebst einen Lizitationstermin anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade. Nur dispositionsfähige Personen, welche mir als solche bekannt, oder welche ihre Dispositionsfähigkeit gehörig nachzuweisen im Stande sind und welche vor dem Termine eine Bietungs-Kaution im Betrage von Einhundert Thalern baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der künftl. Kreis-Kasse hiersebst deponirt haben, werden als Bieter zugelassen.

Die Lizitations-, Pacht- und Kontratsbedingungen können täglich während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Schrimm, den 11. November 1874.

Der Königliche Landrath.

Koebm.

Bekanntmachung.

An der hiesigen christlichen Simultan-Schule wird die zweite evangelische Lehrstelle mit einem Gehalte von 235 Thlr., einer Miet-entschädigung von 20 Thlr., und einer Entschädigung für den zur Hälfte zu übernehmenden Turnunterricht von 12 Thlr. zum 1. Januar f. J. vacant.

Bewerber auf diese Stelle wollen ihre Zeugnisse bis spätestens den 1. Dezember c. bei uns einreichen.

Fordon, den 14. November 1874.

Der Magistrat.

gez. Wihlo.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Gutsbezirke **Waike** belegene, im Grundbuche Band III. Blatt 9 eingetragene Rittergut **Waike**, welches mit einem Flächeninhalte ungefähr von 154 Hektaren der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 462 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 549 Thlr. veranlagt ist, und in dem Gemeindebezirke **Groß-Krebbel** belegene, im Grundbuche von **Groß-Krebbel** Blatt Nr. 5, 6 und 7 eingetragene Grundstücke, welche mit einem Flächeninhalte von 79 Hekt., 72 Acre 20 Quadrastab der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 401, $\frac{1}{2}$ Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 40 Thlr. veranlagt sind, von denen sämtlich der Leutnant von **A. Hans Althaus Erdmann** von **Thien** als Eigentümer in den Grundbüchern eingetragen steht, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation am

Mittwoch,

den 13. Januar f. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im Richterzimmer Nr. 4 des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts versteigert werden.

Die Auszüge aus den Steuerrollen, die beglaubigten Abschriften der Grundbuchblätter und alle sonstigen, die Grundstücke betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereitgestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau 3 des unterzeichneten kgl. Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf

Freitag,

den 15. Januar f. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Richterzimmer Nr. 4 des unterzeichneten kgl. Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verhandelt werden.

Wienbaum, 24. Oktober 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Der Subhastations-Richter.

Handels-Register.

In unser Firmen Register ist unter Nr. 1546 die Firma **Germaun Meyer**, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **Germaun Meyer** zu Posen, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 11. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Dorfe **Male** unter Nr. 1, Nr. 2, Nr. 4 und Nr. 5A. jezt 10 belegenen, der unverheiratheten **Julia Zuffensta** gehörigen Grundstücke, von denen:

- a) das Grundstück **Male** Nr. 1 mit einem Flächeninhalte von 12 Hektaren 83 Acre 20 Quadrat-Stab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 43 Thlr. 11 Sgr. 8 $\frac{1}{2}$ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 15 Thlr. veranlagt ist, das Grundstück **Male** Nr. 2 mit einem Flächeninhalte von 13 Hektaren 34 Acre 20 Quadrat-Stab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 47 Thlr. 21 Sgr. 7 $\frac{1}{2}$ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 15 Thlr. veranlagt ist, das Grundstück **Male** Nr. 4 mit einem Flächeninhalte von 13 Hektaren 34 Acre 10 Quadrat-Stab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 56 Thlr. 15 Sgr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 25 Thlr. veranlagt ist, das Grundstück **Male** Nr. 5A. jezt Nr. 10 mit einem Flächeninhalte von 12 Hektaren 83 Acre 20 Quadrat-Stab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 52 Thlr. 29 Sgr. 1 $\frac{1}{2}$ Pf. veranlagt ist, sollen Behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag,

den 17. Dezember d. J.

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des hiesigen königlichen Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13 versteigert werden.

Posen, den 3. Oktober 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

gez. Keyl.

Subhastations-Patent.

Das in **Bystrzyca**, Mogilnoer Kreises, unter Nr. 5 belegene, den **Porenz und Catharina Budny** fischen Eheleuten gehörige Grundstück soll im Termine

den 28. Januar 1875,

Vormittags 9 Uhr,

an ordentlichem Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrage von 117, $\frac{1}{2}$ Thlr. und mit einem Nutzungswerte von 30 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesamtmass der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 27 Hektar 84 Acre 30 $\frac{1}{2}$ Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in welchen besondere Kaufbedingungen, können in unserem Bureau 11. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitig, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages soll im Termine

den 30. Januar 1875,

Mittags 12 Uhr,

an ordentlichem Gerichtsstelle verhandelt werden.

Trzemeszno, den 28. Oktober 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Grafen **Jagay Winiński** zu **Zamostzel** ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Afford

den 24. November c.,

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtssitzlokale, Termins Zimmer Nr. 11, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden.

Die Beistellenden werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Afford berechtigen.

Posen, den 14. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Wehmer.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem **Gotthilf Heinrich Wild** und seiner Ehefrau **Antille geb. Rabow** gehörige:

- a. Vorwerk **Neudorf** Nr. 1 einschließlich der zugeschriebenen Grundstücke **Neudorf** Nr. 3 B, 4 B, Nr. 5, Nr. 5 B, Nr. 7 und Nr. 10.
- b. Grundstück **Dorf Schwerfenz** Nr. 7 A, wovon ad a mit einem Flächeninhalte von 215 Hektaren, 91 Acre, 40 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 305 Thaler 28 Sgr. 9 $\frac{1}{2}$ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 243 Thlr. veranlagt und ad b mit einem Flächeninhalte von 6 Hektaren 29 Acre 80 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 25 Thlr. 2 Sgr. 8 $\frac{1}{2}$ Pf. veranlagt ist, sollen Behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,

den 26. Januar f. J.

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des hiesigen königlichen Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13 versteigert werden.

Posen, den 22. Oktober 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

gez. Keyl.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung der künftl. Regierung soll der Neubau der Forst-Etablissemens **Kobusch-Theroden** und **Eichberg** in der Revierabtheilung **Huntesbagen**, Oberförsterei **Birke**, veranschlagt auf 9303 Thlr. 18 Sgr., unter anderweitigen Bedingungen noch einmal zur Minus-Lizitation gestellt werden und habe in Folge dessen zur Entgegennahme von Geboten einen Termin auf

Freitag,

den 20. November cr.,

Vormittags 11 Uhr,

in meinem Bureau hiersebst anberaumt.

Die Kostenanschläge und Bedingungen können vorher bei mir eingesehen werden.

Samter, den 11. November 1874.

Der Kreis-Baumeister.

O. Hirt.

**Märktisch-Posener Eisenbahn.**

Es soll die Lieferung von circa 56,800 Kilogramm Eisen u. Stahl, 10,000 Metalle, 120 Stück Pufferfedern, 600 Kilogramm gesponnene Hanfliederung, 2,000 Stück Schmierkissen, 500 Hektoliter Holzbohle, diversen Metallblechen, Holzschrauben, Drahtstiften, Spitzeln, Muttern, Schmirgelwaaren, Gummiwaaren, Gardinen zu Wagen, Pflumpen, Segelleinen, Farben, Lacke, Seile, Glaswaaren, Filz, sowie harten und weichen Holzern im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Termin hierzu ist auf

Mittwoch,

den 2. Dezember 1874,

Vormittags 10 Uhr

in dem Bureau des Unterzeichneten hiersebst anberaumt bis zu welchem die Offerten frankirt und versiegelt mit der Aufschrift:

"Submission zur Lieferung von Werkstatte-Materialien" eingereicht sein müssen, und in welchem auch die eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Submissionbedingungen liegen im Bureau des Unterzeichneten zur Einsicht aus, auch können dieselben gegen Erstattung von 7 $\frac{1}{2}$ Sgr. pro Exemplar bezogen werden.

Guben,

den 10. November 1874.

Der Obermaschinenmeister

C. Hagen.

In 3-4 Tagen wird Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankh. ohne Quecksilber u. unter Garantie gründl. geheilt. Spec.-Arzt Dr. Meyer, Berlin, Taubenstr. 36. Answärt. brieflich.

Gerichtlicher Ausverkauf im Bazar.

Das zur Concursmasse von **B. Jilinski & Co.** gehörige Porzellan-, Glas- und Galanterie-Waaren-Lager, eine reichhaltige Auswahl der verschiedensten Wirtschafts- und Luxus-Artikel enthaltend, soll in dem bisherigen Geschäftslokale ausverkauft werden.

Der Verkauf wird von Donnerstag den 19. dieses Monats ab, werktäglich Vormittags von 9 bis 1 Uhr stattfinden.

Posen, den 16. November 1874.

Samuel Haenisch,

Verwalter der Masse.

Bekanntmachung.

Zur Fortsetzung der Berathungen über den Statuten-Entwurf für einen hiersebst zu gründenden

Consum-Verein

werden die mit Eintritts-Karten versehenen Personen zu einer General-Versammlung auf

Mittwoch den 18. November 1874,

Abends 8 Uhr,

in den Hörsaal der königlichen Konisenschule, Wasserstraße Nr. 30, hierdurch eingeladen.

Posen, den 16. November 1874.

Das Comité.

Bekanntmachung.

Bei dem Arbeits- und Landarmen-Hause zu **Kosten** soll

vom 1. Dezember 1874

ab die Milchnutzung der dortigen Landwirtschaft von 16 bis 18 Kühen im Wege des Submissionsverfahrens an den Meistbietenden vergeben werden.

Zu diesem Zwecke ist ein Termin

auf d. 23. November cr.

Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr

in dem Sitzungssaale des Arbeits- und Landarmen-Hauses zu **Kosten** anberaumt worden.

Darauf Reflektirende wollen ihre Offerten bis zum Beginn des Termins der Direktion des Arbeits- und Landarmen-Hauses zu **Kosten** einreichen. Die Pachtbedingungen können bei der gedachten Direktion in Kosten oder im Bureau der Landarmen-Direktion hiersebst (III. Etage Nr. 39 des Regierungsgebäudes) eingesehen werden.

Posen, den 10. November 1874.

Landarmen-Direktion.

Bergengroth.

Gerichtliche Auktion.

Am Montag, den 23. u.

Dienstag, den 24. Novem-

ber 1874,

von Vormittags 10 Uhr ab,

sollen in **Bysewo**

134 Stück

Negretti-Böcke

aus der Stammschäferi zu

Bysewo meißbietend ver-

kauft werden.

Lissa, den 5. Novbr. 1874.

Der

Auktions-Kommissarius.

Auktion.

Mittwoch, den 18., von 9 Uhr

ab, werde ich Capicaplag Nr. 6:

verschiedene Möbel, Gold-

u. Silbergegenstände, Reise-

u. Gepelze, Teppiche,

Pelzgarnituren

gegen baare Zahlung versteigern.

Kas, Auktionskommissarius.

Ein Grundstück.

eine Viertelmeile vom Bahnhof **Neutomysl** belegene, bestehend aus 57 Morgen Land und Wiese, nebst Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, letztere in gutem Zustande, soll gegen mäßige Anzahlung, aus freier Hand verkauft werden. Näheres durch **W. Richter** in **Neutomysl**.

Pferde- u. Wagen-Auktion.

Im Auftrage eines Gutsbesizers werde ich

Donnerstag, den 19. von

9 $\frac{1}{2}$ Uhr ab im Hofe Sa-

piehaplag Nr. 6:

Pferde, dabei 1 Fuchswal-

lach, 5 Jahr alt, 5 Fuß

6 Zoll groß, sowie ein

Brongham, 1 feine Britische

mit Patentachsen, 1 Fagd-

wagen, 3 Paar Geschirre,

dabei 1 Paar mit vergol-

deten Beschlägen, 2 Sät-

tel, vollständig, 200 Ge-

treidesäcke

gegen baare Zahlung versteigern.

Kas, Aukt.-Kommissarius.

Mein Materialgeschäft,

verbunden mit Schank, in

frequenter Gegend Brom-

bergs, beabsichtige ich vom

vom 1. Januar 1875 zu

verpachten. Alles Nähere

bei mir.

G. Rasmus,

Weslien-Platz Nr. 1.

Damen, die in stiller Zurückgezogenheit ihre Entbindung abwarten wollen, finden liebevolle Aufnahme und Pflege sowie Rath u. Hilfe in diskreten Anstalten bei **Frau Stubbe**, Berlin, Hagelbergerstraße 3. 11.

Schwindsucht heilbar.
In meiner Jugend von dieser furchterlichen Krankheit geheilt, habe ich nach 45 Jahren dieses bekann gemacht und seit der Zeit die schönsten Resultate und die herzlichsten Anklagen erzielt; ich bitte daher alle Brustleidenden, sich vertrauensvoll an mich zu wenden. (H. 23502.)
A. Freytag,
Gutsbesitzer in Dromberg.

Aus den Forst-Revieren **Dzwina**, **Kleindorf** und **Waghabno** beabsichtigt das unterzeichnete Dominium einige Parzellen, Erstere mit Eichen, Buchen, Kiefern und Eichen, in beiden Letzteren nur mit Kiefern bestanden, bis zum 1. December d. J. aus freier Verkauft werden.
Kaufslustige werden mit n. Bemerkungen eingeladen, z. vom 1. December d. J. die Holz zu jeder Zeit abgefordert werden können und unterzeichnete Wirthschafts-Amt jede Auskunft erteilt.
Wirthschafts-Amt **Groß-Posen** per Unruhstadt, den 1. November 1874.

er Anfuhr von 6—7000 Fuß frischem **Buchen** in Rundstämmen aus böhmischer Forsten nach Posen ein Unternehmer ge- Frankfurter Offerten wollen richten an das **mt. Lubosch** bei **Pinne**.

auf von **Weinstöcken**.
In den in dem Vordergarten des Hauses zu Posen befindlichen edlen Stöcken, sowie die vorhan- Spaltreihenrichtungen aus freier verkauft werden. Reflektanten sich an den im Postgebäude woh- hausdiener Walenzat wenden.

Für Böttcher.
öhere Quantitäten von **Eisenband - Gebinden** zu kaufen gewünscht. Offerten mit Angabe der sub **X. Y. Z. Posen** restante.



Post-Verkauf in
egreggi-Stammherde
an bei **Pudewitz** hat n.

Windell.



Schäfer Güttermann's-
Weile vom Bahnhof Reichen- bach i. Schle.
Verkauf hat am 24. Oktober Schurgewicht über 4 Ctr.; entfällt. Gesundheit u. Sprung- fähig garantiert.

Wollwaaren
in damit gänzlich zu räumen, ligen Preisen.
old Bach, Markt 57.

ehr bewährten **Reise- und**
haarstrumpfstiefel
ders hergestellten für Gicht mationaleisende — beste ste Winterfußbekleidung ender a Paar (lang das ganze und) zu 2 Thlr. 12 1/2 Sgr.
üder Rothamel
dtlengsfeld, Thüringen.

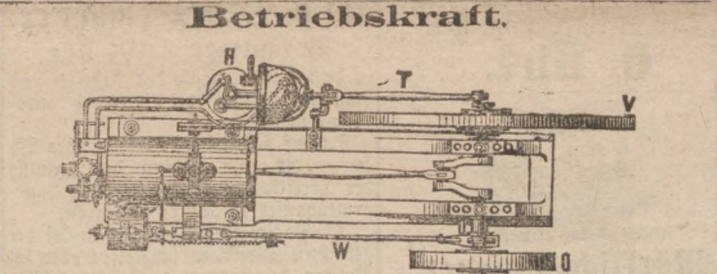
Pepsin-Essenz nach Vorschrift des **Professor Dr. O. Liebreich.**
Nach Untersuchung von **Dr. Hager** und **Dr. Panum** das wirksamste von allen Pepsinpräparaten, ist als wohlschmeckendes, diätetisches Mittel bei **Appetitlosigkeit, Schwachem oder verdorbenem Magen** etc. als ärztlich erprobt zu empfehlen. Preis pr. Flasche 15 und 20 Sgr.
Reines Malzextract. Bewährtes Nährmittel für Wiedergenesende, Wöchnerinnen und Kinder, sowie Hausmittel gegen Husten und Heiserkeit. Preis pr. Flasche 7 1/2 Sgr.
Malzextract mit Eisen. Leicht verdauliches Eisenmittel bei Blutarmuth. Preis pr. Flasche 10 Sgr.
Drogen, Chemicalien, cosmetische Seifen (Zahnmolseife etc.) empfiehlt
Schering's Grüne Apotheke in Berlin,
Chausseestraße 21.
Vorräthig in den meisten Apotheken und Drogenhandlungen. Für Wiederverkäufer Rabatt.

Liqueur-fabrik
Wilhelm Lak, Wronkerstr. 4.

Zur größeren Bequemlichkeit meiner geehrten Kunden habe ich mit dem heutigen Tage neben meinem bereits best. henden Destillationsgeschäft ein **Verkaufs-Lokal von Spirituosen** jeglicher Art eröffnet, in welchem dieselben in ganzen und halben Flaschen, sowie auch von 1 Liter ab zu Engros-Preisen verkauft werden.
Insbesondere empfehle ich mein Lager feinsten **italien. und franz. Crèmes** und bemerke, daß ich eine Preis-Ermäßigung von 20 pCt. bei allen meinen Fabri- katen in vorzüglicher Qualität, habe eintreten lassen, so daß z. B. Liqueure, welche hierorts üblich mit 10 Sgr. verkauft werden, mit nur 8 Sgr. berechne.

Baer & Rempel's
Familien-Greiser-Nähmaschine, preisgekrönt wegen Vor- züglichkeit: Paris 67. Wien 71. Lager: Posen, Markt 9, 1. Etage, in der **Wäschefabrik von**
O. W. Nückel.

Geräuschlose Ventilatoren
von **C. Schiele, Ingenieur**, (H. 74039)
12, Neue Mainzerstraße, Frankfurt a. M.,
zum Blasen von Feuern, Schmelzen von Eisen, Kupfer, zum Ventilieren von Fabrikräumen, Gähreffern, zum Trocknen, zum Kühlen u. s. w. von 6—120 Thlr.



Als bequeme und praktische Betriebsmaschinen em- pfehlen sich die neuen **Petroleum-Motoren**, Patent **Julius Hock** in Wien, durch vollkommene Gefahrslosigkeit, augenblickliche Inbetriebsetzung, geringes Raumverhältniß, wohlfeilen Betrieb, Entbehrlichkeit jeder Fundamentierung, besonderer Wartung und behördlicher Concession. Für den Umfang des deutschen Reichs (Elsäß-Lothringen ausgenommen) acceptirt Dires und ertheilt Auskunft die **Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Humboldt“**, vormals **Sievers & Co.** in Halle bei Deuz.
Eisen- und Maschinen-Fabrik-Actien-Gesellschaft in Wien, Schottenring Nr. 17.

Association Vinicole de Bordeaux.
Vereinigte Weinguts-Besitzer zu Bordeaux.
Unter dem Patronat der Herren:
L. M. de Bigonse, General-Director.
Marquis de Bethisy, Pair de France.
General Baron de Boyer.
Herzog von Melfort.
Michel de Grousseau, Director.

L. Guzmann, Repraesentant.
Gebrüder Haas in Mainz, für Rhein- und Moselweine.
Cohrs & Amm in Hamburg, für imp. Cigarren.

Warnung! Jeder Petroleum-Kochapparat, welcher nicht den Stempel „Haege- rich Patent“ trägt, nicht 30“ Docht hat und nicht in 15 Minuten 2 Liter Wasser (2-flammig) zum Sieden bringt, ist ein nachgemachter, kein patentirter. Rechte Hae- gerich'sche Kochapparate von enormer Leistungsfähigkeit zu Fabrikpreisen bei
A. Fiedler, Breslau,
Schweidnitzerstr. 53.
Anderes Fabrikat ist nicht billiger. (H. 23326)

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (E. Köfel) in Posen.

Einige Bettstellen mit Sprungfeder- Matratze und Sophas, noch gut, sind zu verk. **Wilmshaus** 3, beim Portier.

Closets
in den verschiedensten Arten empfiehlt
H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Keine Hühneraugen und Frostleiden mehr!
Die von der rühmlichst bekannten berliner Fußärztin **Elisabeth Kehler** erfundene **gittfreie Hühneraugen- salbe**, die jedes, auch das veraltete Hühnerauge schmerz- los auslöst, ist in Schachteln a 2 und 1 Mark, **E. Kehler's Frostmit- tel** a 2 Mark, **Ballen**, Heil- und Flechten- salbe a 4 und 2 Mark mit Postsendung 25 Pfennige mehr in der Colonialwaarenhandlung bei **Jacob Planter in Posen**, Wallischei 95 zu haben.

Emser Pastillen,
bewährtes Linderungsmittel gegen Hals und Brustleiden, in plombirten Schachteln vor- räthig in Posen in **Elser's** Apotheke und bei Apotheker **R. Kirschstein**, sowie in den meisten Apotheken Deutsch- lauds.

Mein bestes assortirtes **Thee-Lager** 1874er Ernte empfehle ich dem geehrten Publikum.
Posen. **J. N. Piotrowski.**

Frischen Seedorsch
empfang
A. Cichowicz.
Reingehaltene frische Butter
in großem Quantum, loco oder auf Ver- fahrung zu kaufen gesucht. Offerten sub V. 19. an **Nobels Woffe** in Mühl- hausen im Elß. Nr. A. 131/XI

Zur a 10 Sgr. per Pfund
empfiehlt die feinsten Kieler Sprotten, sowie hochfeine delikate Hamb. Spec- Büttlinge, gut und billig.
E. Kletschoff, Krämerstr. 1.

Für den Verkauf von **Prämien- loosen** gegen monatliche Ratenab- lungen werden an renommirte Firmen und achbare Personen gegen anneh- mende Provision
Platz-Agenturen
ertheilt. Offerten mit Referenzen unter Chiffre R. E. 361 an **Daafenstein u. Vogler** in Leipzig. (H. 36332.)

Zur ersten Klasse 151
Preuß. Lotterie
kauft Original-Lose 1/4, a 9 Thlr., 1/2, oder 1/3 (von einer Nummer) a 40 Thaler. [D. 7833.]
Aug. Kröse, Danzig.

Loose
der
Cölner Dombau-Lotterie
Hauptgewinn:
25,000 Thlr.
sind a 1 Thlr. in der Expd. der Posener Bta. zu haben.

Breslauerstraße 9
eine Wohnung von 5 Zimmern in der 1. Etage sofort zu vermieten.
Dr. Pattison's
Gichtwatte
linbert sofort und heilt schnell

Gicht und Rheumatismen
aller Art, als Gicht, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreizen, Rücken- und Venenweh. (H. 62830)
In Paketen zu 3 Sgr. und halben zu 5 Sgr. bei **Frau Amalie Wuttke**, Wasserstraße 8/9.

Graben 6 ist vom 1. Januar f. J. ein großer Lager-Keller zu vermieten.
Eine Parterre-Wohnung ist mit oder ohne Möbel sofort zu beziehen. Waisen- straße Nr. 8.
Bergstr. Nr. 4 ist eine Wohnung für 75 Thlr. sofort zu vermieten.
Schloßstr. 5, 2 Tr. ein möblirtes Zimmer.
Es wird von einem Herrn ein freund- liches beizbares Parterre-Zimmer, höch- stens 11. Etod, separat, bei einer an- ständigen ruhigen Familie, womöglich mit Verpflegung pro 1. Dezember zu mietzen gesucht.
Gefällige Anträge unter B. A. bitte an die Expedition zu richten.

Ein zweiter Wirthschafts- beamter findet zum 1. Januar Stellung auf dem **Dom. Ro- kietnica**. Gehalt 100 Thlr
Eine evang. **Erzieherin**, die auch Musikunterricht erteilt, suche ich von Neujahr ab für meine 3 Töchter von 9 bis 13 Jahren. Gehalt 120 Thlr.
Morgenstern,
Kujawo per Goscieszyn.

Unterbrecherstellung
auf **Dom. Tarnowo** ist ver- geben.
Ein deutscher zuverlässiger unverhei- Ratheter Wirthschaftsbeamter, der auch polnisch spricht, findet vom 1. Januar 1875 ein Engagement in **Glebowo** bei **Klecko**. Gehalt nach Uebereinkunft. Persönliche Vorstellung erforderlich.

Die Hofbeamtenstelle auf dem **Dom. Turkowo** bei **Buk** ist frei und soll sofort wieder besetzt werden. Ge- halt 80—100 Thlr. bei freier Station. Meldungen sind an die Domin'al-Verwaltung zu richten.

Ein tüchtige **deutsche Wirthin**, die das Aufziehen von Jungvieh und Geflügel versteht, findet Stellung. Adresse abzugeben in der Expedition dieser Zeitung.

Tücht. Uhrmachergehülfsen
sucht die Uhren-Handlung von **M. Dawczynski**, Posen, Wilmshaus 10 Döselstr. f. auch e. Lehrling eintreten.

Ein junger Mann, der deutsch und polnisch spricht, fürs **Lager** (Colonialwaaren - Branche), wird per bald oder Neujahr gesucht. Offerten unter S. T. 30 Expe- dition d. Zeitung.

1 geübte Maschinennähterin findet Beschäftigung **Thorstr. 14, 1. Etage** im Hofe.

Ein anständiges evan- gelisches Mädchen, welches im Maschinennähen sowie in an- deren Handarbeiten geübt ist, in der Wirthschaft bewandert, etwas polnisch versteht, wird zur Stütze der Haus- frau aufs Land bei 50 Thaler Gehalt gesucht. Etwaige Atteste und Mel- dungen sub M. M. # 14 poste restante **Gnesen**.

Einen Lehrling
mit guten Schulkennntnissen, für Ma- nufactur- u. Tuchbranche, Sonnabends geschlossen, sucht
David Badt
in Sorau N.-L.

2 Schriftföher
und
1 Maschinenmeister
finden eine dauernde und angenehme Stelle in der Buchdruckerei von
Ernst Lambeck
in **Thorn**.

Ein junge Dame wünscht Be- schäftigung auf der Nähmaschine, am liebsten für ein Geschäft. Gef. Offer- ten werden unter A. B. 50 t. d. Expd. b. Btg. erbeten.

Ein **verheirath. Forstbeamter**, der polnischen Sprache mächtig, mit vorzüglichen Empfehlungen versehen, sucht Stellung durch Stübnerath, Bres- lau, Nikolaisstr. 26.

sucht sofort oder später ein Privat-En- gagement. Offerten bitte sub **N. J. Nr. 186** Exp. d. Btg. senden.
Ein **verheirath. Forstbeamter**, der polnischen Sprache mächtig, mit vorzüglichen Empfehlungen versehen, sucht Stellung durch Stübnerath, Bres- lau, Nikolaisstr. 26.

Ein Gehilfing, der deutschen und pol- nischen Sprache mächtig, wird gesucht.
Leopold Wachs,
Markt 57.
Eine fuchsfarbige **Bulldogge** mit Halsband (Hund) ist abhanden gekom- men. Dem Wiederbringer eine ange- messene Belohnung.
Breslauerstraße 35 im Laden.
Eine braune
Straußfeder
gestern in der Friedrichstraße verloren worden. Wiederbringer angemessene Be- lohnung. Abzugeben Kanonenplatz Nr. 9, 1. Etage.
Familien-Nachrichten.
Als Verlobte empfehlen sich:
Louise Gerstmann,
Emil Kaiser.
Santomischl. Schlichtingsheim.



Am 12. d. M. starb zu Berlin nach kurzem, schwerem Leiden an Halsentzün- dung unser geliebter Bruder der Eisen- bahn-Bureau-Assistent
Johannes Kohser
in der jugendlichen Alter von 21 1/2 Jahren. Dies seinen vielen Freunden zur Nachricht. Um stille Theilnahme bitten die 9 Geschwister **Kohser** und **Emma Brode** als Braut.
Gestern Abends entriß uns der uner- bittliche Tod unseren theuren, unerseß- lichen Vaters und Vaters, den Pastor
Hermann Berthold Woth
in seinem 66. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an
Gr. Moller bei Janowice,
den 14. November 1874.

die trauernden
Sinterbliebenen.
Interims-Theater
in **Posen**.
Dienstag den 17. November.
Vorlesung Gaspriel und
Benefiz für Herrn Carl
Helmerding.

Eine Weinprobe.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Carl
Helmerding. Musik von Bial.
* Besieger: Herr Carl Helmerding.

Badeker.
Schwan mit Gesang in 1 Akt. Musik
von A. Conradi.
* Dreesse: Herr Carl Helmerding.
Ein alter Junggeselle.
Posse in 1 Akt.

In Vorbereitung:
Mademoiselle Angot.
Die Fledermaus.
Der verliebte Löwe.

Circus
Krembsen.
Dienstag, den 17. November:
Große
Vorstellung etc.

Zum 3. Male:
Twardowski.
(Der polnische Faust)
Brillante komische Pantomime.
Anfang 7 1/2 Uhr Abends.

T. Krembsen,
Direktor.
Flaki
heute zum Frühstück
bei **M. Romanowski**, Al. Ritterstr. 1.

Morgen Mittwoch, den 18. d. zum
Kaffee frische eigen gebadene
Pfannkuchen, wozu ergeben ein-
ladet
C. Vogt,
Breslauer Chaussee.

Heute zum Frühstück **Wellfleisch**,
zum Abendbrot frische **Kesselfurst**
mit **Schmorhohl** bei
A. Graber,
Berliner- und Mühlenstr. 64e.

Flaki! Bouillon.
heute von 10 Uhr ab empfiehlt
Th. Posed,
Friedrichstraße 18.

„Zerzner Wassermühle.“
Mittwoch, den 18. November zum
Kaffee frische, eigen gebadene
Pfannkuchen,
zum Abendbrot
frische Kesselfurst
wozu einladet
H. Reinke.